



Bund Deutscher
Kriminalbeamter
Nordrhein-Westfalen



**HEINZ
SPRENGER
PREIS2022**

**Kripo der Zukunft –
gesellschaftliche Transformation begleiten –
politischen Auftrag gestalten**



Grußwort von Dirk Peglow, Bundesvorsitzender BDK	4
Editorial von Oliver Huth, stellv. Landesvorsitzender BDK NRW	6
Heinz-Sprenger-Preis von Helmut Adam, stellv. Landesvorsitzender BDK NRW	9
Personalmarketing in Zeiten verschärften Wettbewerbs um Nachwuchskräfte von Prof. Dr. Andreas Gourmelon	12
Rechtsextremismus als Herausforderung für die freiheitliche Gesellschaft von Prof. Dr. Thomas Grumke	18
Linksextremismus in Deutschland von Prof. Dr. Klaus Schroeder	24
Gesellschaftliche Entwicklung beim Kriminalitätsphänomen Amoktaten von Prof. Dr. Britta Bannenberg	29



Dirk Peglow

Grußwort

„Mehr als die Vergangenheit interessiert mich die Zukunft, denn in ihr gedenke ich zu leben.“ Dieses von Albert Einstein stammende Zitat erscheint vor dem Hintergrund der gesellschaftlichen Transformationsprozesse der letzten Jahre ebenso aktuell wie trivial. Leider müssen wir feststellen, dass diese Art der Transformation sich häufig nicht mehr als langfristiger Prozess eines grundlegenden Wandels darstellt, der von jahrelangen Erfahrungen begleitet wird. Vielmehr scheinen die Intervalle notwendiger Anpassungsbedarfe immer kürzer zu werden, so dass wirtschaftliche, politische und technologische Änderungen nicht mehr dauerhaft etabliert und immer weniger gefestigt werden können.

So haben die Folgen der Corona-Pandemie und der am 24.02.2022 begonnene völkerrechtswidrige Angriffskrieg auf die Ukraine uns deutlich gemacht, welche Dynamik solche unvorhersehbaren Ereignisse innerhalb gesellschaftlicher Haltungen aber auch politischer Entscheidungen entfalten können.

In ähnlicher Form hat sich auch das Kriminalitätsgeschehen unter den eingangs beschriebenen Bedingungen eines rasanten Wandels massiv verändert und sich hierbei außerordentlich flexibel gezeigt.

Nicht nur Kriminalitätsphänomene, wie die Organisierte Kriminalität und der Terrorismus, unterliegen infolge der Etablierung neuer Märkte, moderner Kommunikations- und Informationstechnologien sowie darüberhinausgehender technologischer Entwicklungen einem enormen Wandel. Auch unsere Kolleginnen und Kollegen nehmen die Verlagerung nahezu aller Formen von Kriminalität aus dem analogen in den digitalen Raum bei ihrer täglichen Arbeit wahr. Diese Entwicklung veranlasst viele Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeiter, an den eigenen Kompetenzen und den zur Verfügung gestellten polizeilichen Technologien zu zweifeln.

Die Zukunft der Kriminalpolizei ist wesentlich von ihrer Adaptionfähigkeit an eine sich mit hoher Dynamik verändernde Umwelt abhängig. Ohne die stetige Überprüfung und Veränderung vorhandener Arbeitsprozesse, eingesetzter Technologien und Organisationsstrukturen wird ein Schritthalten mit einer zunehmend digitalen und komplexen (Kriminalitäts-) Welt kaum möglich sein.

Ich bin sicher, dass der diesjährige Landesdelegiertentag des BDK Nordrhein-Westfalen viele Vorschläge unterbreiten wird, wie sich gesellschaftliche Transformationsprozesse und „politische Auftragslagen“ in Einklang mit der kriminalpolizeilichen Realität bringen lassen und wünsche der Veranstaltung einen guten und ergebnisreichen Verlauf.

Herzliche Grüße,

Dirk Peglow
Bundesvorsitzender BDK



Oliver Huth

Editorial

Vom 27. bis zum 28. September 2022 begeht der Bund Deutscher Kriminalbeamter NRW e.V. seinen 19ten Landesdelegiertentag. Neben der Durchführung der Wahl des neuen geschäftsführenden Landesvorstandes und eines neuen Landesvorsitzenden wird der Bund Deutscher Kriminalbeamter hier die Weichen für die Ausrichtung seiner zukünftigen Kriminalpolitik stellen.

Unter dem Motto „**Kripo der Zukunft – gesellschaftliche Transformation begleiten – politischen Auftrag gestalten**“ wird der BDK NRW den Focus in die Kriminalpolizei und auf die gesamtgesellschaftlichen Entwicklungen legen. Der BDK NRW wird erstmals in seiner Geschichte im Rahmen dieser Veranstaltung den Heinz-Sprenger-Preis verleihen. Mit diesem Preis werden herausragende Leistungen unserer Kriminalbeamten:innen in Nordrhein-Westfalen und ebenso das Engagement von Preisträger:innen außerhalb der Polizei NRW im Bereich der Kriminalpolitik gewürdigt.

1 / KURZER RÜCKBLICK

Schauen wir vorher zurück auf den 18. Landesdelegiertentag im Jahre 2018. Das Thema damals: „Die Gesellschaft aus der Balance – Kriminalpolitik gestalten – jetzt!“ Gingen wir zu dieser Zeit den Ursachen vieler Kriminalitätsfelder auf den Grund, so waren doch immer gesellschaftliche Zustände und Entwicklungen oder aber kriminalpolitische Zusammenhänge zu diskutieren. Daher verbindet auch das aktuelle Leitmotiv unseres Landesdelegiertentages die Kriminalpolitik mit den lebensbegleitenden Umständen. Zur damaligen Zeit war eine zunehmende Segregation mit gesellschaftlichem Spaltungspotential feststellbar. Rockergruppierungen, Clanstrukturen, Salafismus und Rechtsextremismus waren dominierende Beispiele für Teil- oder Subkulturen, die sich mitten in unserer Gesellschaft über viele Jahre ausgebildet hatten. Die Migrationsbewegungen waren 2018 ein dominierendes Thema. Eine zunächst ausschließlich mit europafeindlicher und nationalistischer Programmatik an den Start gegangene Partei setzte auf die Schlagworte „Flüchtlinge“ und „Asylanten“. Sie zog damit viele Wählerstimmen an sich. Mittlerweile darf laut einem Urteil des Verwaltungsgerichts Köln der Verfassungsschutz die gesamte Partei als rechtsextremistischen Verdachtsfall einstufen. Die Partei geht im Rechtsstreit über eine Beobachtung der Gesamtpartei durch den Verfassungsschutz in die nächste Instanz.

Der BDK hat sich auf Bundes- und Landesebene deutlich positioniert. Seit seinem Bestehen bekennt sich der BDK zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung und tritt extremistischem und menschengruppenfeindlichem Gedankengut entgegen. Er und seine Mitglieder bekennen sich zu den nachfolgenden Werten: Unantastbarkeit der Würde jedes Menschen – Chancengleichheit und Vielfalt – aktives Eintreten gegen jegliche Form von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, Diskriminierung und Ausgrenzung – Verteidigung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Eine Übernahme von Ämtern in der besagten Partei ist mit unseren Verbandszielen und -werten nicht vereinbar. Die Polizei hat sich vielen dieser Themen erfolgreich und mit hohem Kraftaufwand gewidmet. Neue Themenfelder mit politischer Schwerpunktsetzung haben insbesondere die Kriminalpolizei gefordert.

2 / DOCH WO STEHEN WIR HEUTE?

Der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine hat direkte Auswirkungen auf die innere Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland und damit auch Nordrhein-Westfalens. Die Pandemie hat die Gesellschaft teilweise gespalten. Die Verbreitung von Verschwörungserzählungen und Fake News sind salonfähig geworden. Angst vor Veränderungen und eine zunehmende Demokratie und Diskurskritik drücken sich in der von Prof. Dr. Popp benannten Illiberalität in der Gesellschaft zunehmend aus. Die Krisen in der Welt und der Klimawandel sind als Generationsthemen auf der Tagesordnung und die Konsequenzen für jeden von uns im täglichen Leben wahrnehmbar. Die Digitalisierung wird die Gesellschaft nachhaltig verändern. Die Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger an die moderne Polizei in Nordrhein-Westfalen wachsen stetig. Dies steigert die Anforderungen an die Weiterbildung und Qualifizierung gerade älterer Kolleginnen und Kollegen und zieht Veränderungen auch auf der Ebene des Führungsverhaltens in unserer Organisationseinheit nach sich. Ohne eine zunehmende Digitalisierung der Polizei in Nordrhein-Westfalen in allen Arbeitsfeldern wird unsere Organisation gerade im Feld der Verbrechensbekämpfung abgehängt. Der demographische Wandel in Deutschland ist nicht mehr aufzuhalten. So lebten bis Ende 2021 nur noch 8,3 Millionen Menschen im Alter von 15 bis 24 Jahren in Deutschland. Das entspricht einem Anteil von lediglich 10,0 Prozent an der Gesamtbevölkerung. Unsere Jugend schwindet, Deutschland wird alt. Die Polizei in Nordrhein-Westfalen wird unter den aufgezeigten Rahmenbedingungen Probleme bekommen, als Arbeitgeber mit Konzerngröße genug Nachwuchs zu gewinnen. In den Medien ist zu lesen, dass im Jahr 2030 in Deutschland eine Million Fachkräfte fehlen könnten. Dieser Mangel berührt eine zentrale Legitimation des Staates: die Daseinsvorsorge für seine Bürgerinnen und Bürger. Es geht um nicht weniger als die Frage, ob der öffentliche Sektor seine Kernaufgaben in Zukunft noch erfüllen kann. Das Vertrauen der Bevölkerung und damit der Wählerinnen und Wähler stehen auf dem Spiel, wenn der Staat nicht nachhaltig und beweiskräftig das Bild zeichnet, alleiniger Inhaber des Gewaltmonopols zu sein. Das allgemeine Gerechtigkeitsempfinden der rechtstreuen Bevölkerung ist einer der Grundsteine für den Erhalt unserer freiheitlich demokratischen Grundordnung. Erodieren dieser moralische Wert, wählen die Bürgerinnen und Bürger extremistische Parteien. Steigende Segregation in der Bevölkerung ist auch für diesen Prozess ein signifikanter Gradmesser.

Wirtschaftliche Versorgungsprobleme sind in unserem System angekommen, die kritische Infrastruktur ist einer ständigen Bedrohung ausgesetzt. Die Schere zwischen Arm und Reich ist weiter auseinander gegangen. Es ist zu befürchten, dass der Kampf um die Interessen einzelner Gruppen nicht mehr in demokratischen Institutionen geführt wird. Neue soziale Bewegungen, die wir schon in der Corona-Pandemie beobachtet haben, organisieren sich zunehmend nicht mehr progressiv, sondern reaktionär. Schaut man nach Frankreich, so ist festzustellen, dass 67 Prozent der Arbeiter bei der Präsidentschaftswahl für Marine Le Pen gestimmt haben.

3 / WAS IST ZUKÜNFTIG NOTWENDIG?

Die Bekämpfung jeder Form des Extremismus, ob von rechts, links oder anderer Ideologien, und ihren terroristischen Aktivitäten ist und bleibt nach wie vor die wichtigste Aufgabe der Sicherheitsbehörden. Der Blick auf andere extremistische Tendenzen darf dabei niemals vernachlässigt werden. Die Polizei in Nordrhein-Westfalen wird sich diesen Zukunftsthemen stellen müssen. Die Landesregierung hat in der 17. Wahlperiode enorme Anstrengungen unternommen, die Polizei in Nordrhein-Westfalen zukunftsfähig aufzustellen. Auch in der 18. Wahlperiode haben sich die regierungstragenden Fraktionen auf ein umfangreiches Aufgabenportfolio insbesondere für die Kriminalpolizei geeinigt.

Gleichwohl leisteten sich die Landesregierungen in NRW, gemessen an den Herausforderungen, eine unzureichend aufgestellte Kriminalpolizei. War die Polizei früher der innovative Treiber, dem die Justiz mit Organisationsanpassungen und Entwicklung fachlicher Expertise gefolgt ist, so hat sich das Blatt gewandelt. Der Justizminister NRW hat in der letzten Legislaturperiode Schwerpunktstaatsanwaltschaften gebildet. Die hier formulierten Anforderungen an die Kriminalpolizei in NRW können nicht erfüllt werden. Es handelt sich hier oft um eine Ressourcenfrage. Es ist in Zukunft darauf Wert zu legen, dass die Kriminalpolizei NRW in der Sicherheitsarchitektur ihre Rolle übernehmen kann. Sie sollte als Ansprechpartner der Schwerpunktstaatsanwaltschaften in NRW nicht gegenüber den Bundesbehörden an Gewicht verlieren. Die Rahmenbedingungen kriminalpolizeilicher Arbeit sind daher schon in der letzten Legislaturperiode (aber leider erst am Ende) zur Chefsache unseres Innenministers geworden. Herr Innenminister Herbert Reul hat die Einrichtung der Landesarbeitsgruppe „Initiative PRO K“ (LAG IPK) veranlasst. Unter der Führung von Landeskriminaldirektor Johannes Hermanns werden nun kurz- und mittelfristig Verbesserungspotentiale identifiziert, um die Rahmenbedingungen kriminalpolizeilicher Arbeit zukunftsfähig auszurichten. Der BDK hat daran einen maßgeblichen Anteil. In dem Zeitungsartikel vom 23. Januar 2021 des Kölner Stadtanzeigers mit dem Titel „Eine Kriminalpolizei am Limit“ war der BDK NRW der einzige gewerkschaftlich ausgewählte Gesprächspartner der Autoren. Erneut wiesen wir im Artikel auf die langjährigen Forderungen und die Zustandsbeschreibung der Kriminalpolizei hin. Die Opposition im Landtag NRW griff das Thema im Rahmen einer Anhörung auf.

Der BDK NRW war auch hier die einzige gewerkschaftliche Kraft, die aufgrund der Missstände in der Kriminalpolizei eine Abkehr von der Ausbildungssituation forderte. Der BDK NRW war sich hier mit den weiteren geladenen gewerkschaftlich unabhängigen Sachverständigen einig: Das derzeitige Ausbildungsmodell ist kein Erfolgsmodell. Die Ausbildung, die unserem kriminalpolizeilichen Nachwuchs offeriert wird, hat sich nicht bewährt. Die „Einführungsfortbildung K“ hat sich im Konstrukt zu einer Ausbildung gewandelt. Die Politik hat den Auftrag, sich dem gewerkschaftspolitischen Dogma des Einheitspolizisten entgegenzustellen und die Kriminalpolizei neu aufzustellen. Unsere Mitarbeiter bei der Kriminalpolizei sind dogmatisch nicht die typische Evolutionsstufe unserer geschätzten Kolleginnen und Kollegen der anderen Direktionen. Der BDK NRW wird als gewerkschaftlicher Vertreter unserer Kolleginnen und Kollegen in der Kriminalpolizei den Wandlungsprozess eng begleiten. Der Weg in die Zukunft ist nur über eine Neuausrichtung der Kriminalpolizei zu gehen. Der Koalitionsvertrag der im Amt befindlichen Landesregierung zeigt in diese Richtung neue Wege auf. Es ist Zeit, dass die Politik Entscheidungen trifft, die eine Abkehr von alten Denkmustern bedeuten.

Oliver Huth
Stellv. Landesvorsitzender BDK NRW

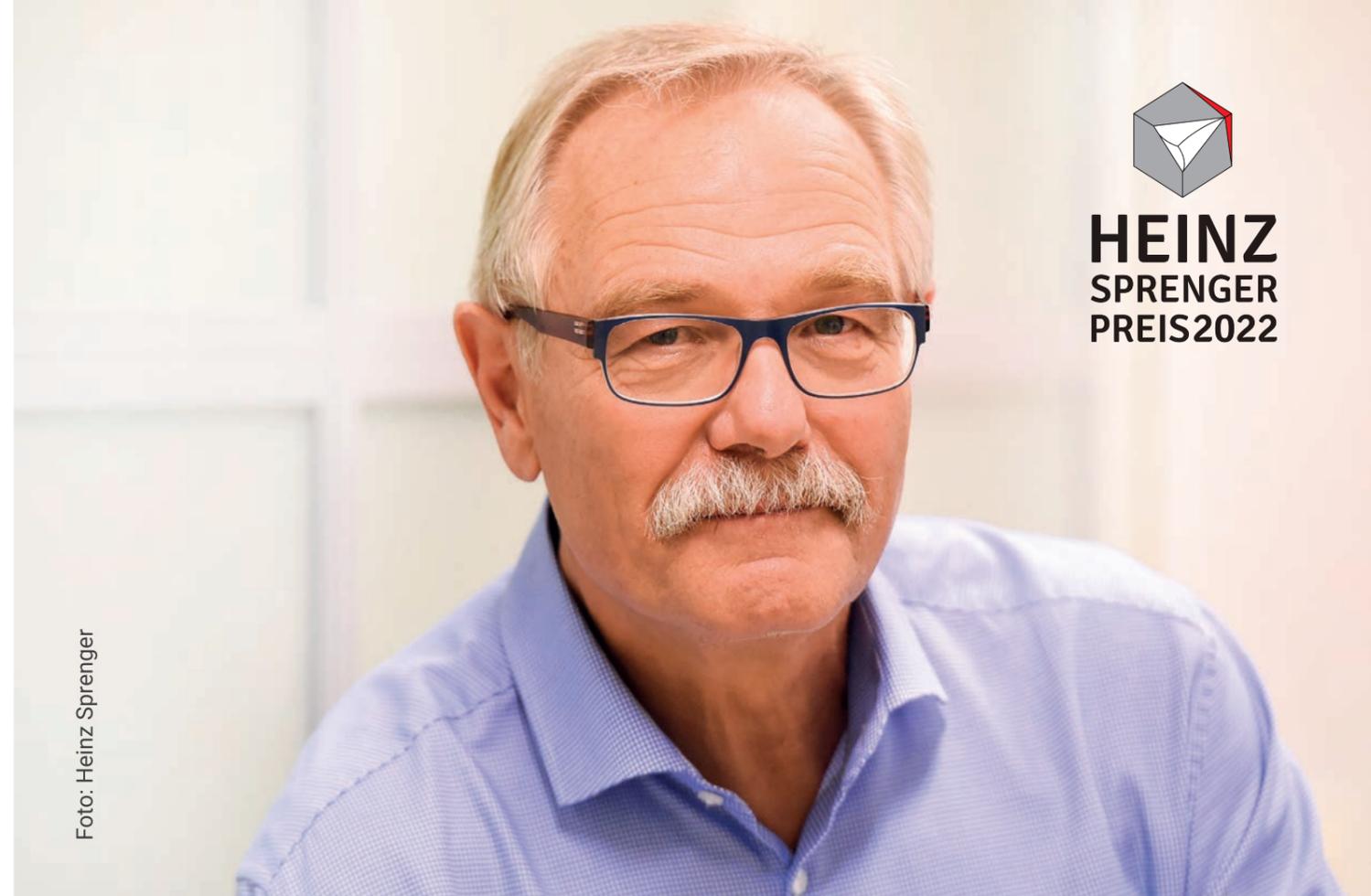


Foto: Heinz Sprenger



**HEINZ
SPRENGER
PREIS2022**

Helmut Adam

Heinz-Sprenger-Preis

Der BDK NRW verleiht diesjährig erstmals den neu geschaffenen Heinz-Sprenger-Preis an Menschen, die sich um die Kriminalitätsbekämpfung besonders verdient gemacht haben.

Zukünftig soll diese Auszeichnung jährlich jeweils polizeiintern und -extern verliehen werden. In diesem Jahr freuen wir uns besonders darüber, der Familie des Namensgebers das erste Exemplar des Preises aushändigen zu dürfen und Heinz Sprenger so stellvertretend für sein Engagement beim Kinderschutz zu ehren.



1 / HEINZ SPRENGER UND RISKID

EKHK a.D. Heinz Sprenger war 44 Jahre im Polizeidienst der Polizei NRW. Davon über 30 Jahre ganz überwiegend bei der Kriminalpolizei in Duisburg, wo er mehrere internationale Ermittlungskommissionen leitete und u.a. spektakuläre Mafia-Morde als Leiter der Mordkommission bearbeitete. Im Jahr 2005 ermittelte die Duisburger Kriminalpolizei auf Grund des Todes von fünf Kindern. Besonders tragisch war der Tod von zwei Kindern, die in einem Zeitraum an den Folgen von Misshandlungen starben, in dem für sie die gesetzlichen Vorsorgeuntersuchungen vorgesehen waren. Diese nahmen die Eltern aber nicht wahr. Zudem wurde das Problem des „doctorhopping“ erkannt, womit das Verhalten von misshandelnden Eltern gemeint ist, die immer wieder andere Ärzte zur Behandlung ihrer Kinder aufsuchen, damit die Ärzte die wiederkehrenden Verletzungen nicht feststellen können und so nicht misstrauisch werden.

Aufgrund dieser Vorfälle trafen sich in Duisburg Kinder- und Jugendärzte mit der Staatsanwaltschaft, der Rechtsmedizin und der Kriminalpolizei, um Präventivansätze zu erarbeiten. Es entstanden die Forderungen nach einer nachprüfbaren Vorsorgeuntersuchung für Kinder und nach einem innerärztlichen Informationssystem.

Heinz Sprenger erlangte durch seine Tätigkeit eine tiefgreifende und breite Expertise u.a. in dem Bereich des Kinderschutzes, die er in zahlreichen Publikationen, seiner Tätigkeit als Dozent an der Hochschule für Polizei und öffentliche Verwaltung NRW und als Sachverständiger im Landtag NRW einbrachte.

Bereits 2009 verlieh der BDK seine höchste Auszeichnung, den Bul le Mérite, an die Gründer des Projektes RISKID, Heinz Sprenger und Dr. Kownatzki.

Im April 2019 verstarb der gebürtige Mülheimer und leidenschaftliche Radfahrer Heinz Sprenger viel zu früh im Alter von 66 Jahren während einer Radtour auf Mallorca. Er hinterließ seine Frau und zwei erwachsene Söhne.

Der Verein **RISKID e.V.** hat sich zur Aufgabe gemacht, die interkollegiale Kommunikation zwischen Kinder- und Jugendärzten zu verbessern. Speziell der interkollegiale Austausch beim Verdacht einer Kindesmisshandlung steht hier im Vordergrund. Der Begriff RISKID steht für **Risiko-Kinder-Informationssystem-Deutschland**.

Das dateibasierte elektronische Informationssystem ermöglicht es Ärzten, sich wie in einer „virtuellen“ Großpraxis über Befunde und Diagnosen auszutauschen, wenn unklar ist, ob bei einem behandelten Kind ein Missbrauch oder eine Misshandlung vorliegen könnte.

Damit kann dem Problem „doctorhopping“ begegnet werden. Kindesmisshandlung findet regelmäßig über einen längeren Zeitraum statt. In dieser Zeit besteht die Chance, dass die Diagnose Kindesmisshandlung durch RISKID rechtzeitig erkannt wird und die betroffenen Kinder frühzeitig Hilfe bekommen. RISKID hilft, einen noch unklaren medizinischen Sachverhalt abzuklären und schützt dadurch auch Eltern vor nicht gerechtfertigten Meldungen an die Jugendhilfe.

Der BDK NRW brachte das Problem in die Politik ein und trat in Ausschussanhörungen als Sachverständiger auf. Nach einem langen Weg verabschiedete der Landtag NRW am 23.03.2022 unter dem sperrigen Namen „Gesetz über den interkollegialen Arzteaustausch bei Kindeswohlgefährdung – Änderung des Heilberufsgesetzes (HeilBerG) –“ auf Landesebene eine gesetzliche Grundlage für den interkollegialen Austausch von Ärztinnen und Ärzten, wenn sich der Verdacht ergibt, dass Minderjährige von physischer, psychischer oder sexualisierter Gewalt oder Vernachlässigung betroffen sind.



2 / GESTALTUNG DES HEINZ-SPRENGER-PREISES

Der Preis wurde durch die in Düsseldorf tätige Gestalterin und Künstlerin Nadine Nebel entworfen und hergestellt. Sie beschreibt die Gestaltung wie folgt:

Um Außergewöhnliches engagiert und couragiert leisten zu können, bedarf es im Wesentlichen drei wichtiger Eigenschaften: die Bereitschaft zu sehen, die Sensibilität zu erkennen und den Mut zu handeln. Die Skulptur, die im Rahmen des Heinz-Sprenger-Preises übergeben wird, greift dieses Narrativ visuell auf und möchte der Empathie der Preisträger:innen ihren Mitmenschen gegenüber Ausdruck verleihen.

Zudem versinnbildlicht die Form und die Wahl der Materialien gestalterisch den der Courage zugrundeliegenden Prozess. Die Betrachtenden werden durch die Anordnung der Spiegelflächen aktiv aufgefordert, einen Perspektivwechsel vorzunehmen. Verschiedene Blickwinkel lenken das Augenmerk und beeinflussen die Sicht. Zusätzlich findet eine Symbiose von dem eigenen Spiegelbild mit der Umgebung statt – eine dreidimensionale Übersetzung der Metapher des Eintauchens in eine andere Welt.

3 / PREISTRÄGER

Heinz Sprenger (postum)

Der Preis wird postum an den Namensgeber Heinz Sprenger für sein oben dargestelltes Wirken stellvertretend an seine Familie übergeben.

OStAin Anne Brorhilker

Frau Anne Brorhilker ist Oberstaatsanwältin und Hauptabteilungsleiterin der Staatsanwaltschaft Köln. Vor acht Jahren nahm sie den Kampf gegen die „industrielle Steuerhinterziehung“, die sogenannten „Cum-Ex-Geschäfte“ auf. Hintergrund sind systematisch betriebene großvolumige Aktienkreisgeschäfte, bei denen der Profit einzig und allein auf der betrügerischen Erlangung von Steuergeldern beruht. Die Geschäfte zeichnen sich durch ihre besondere Komplexität und das kollusive Zusammenwirken der internationalen Beteiligten aus, was die Ermittlungen besonders anspruchsvoll macht. In der Finanzszene galten diese Geschäfte als besonders einträglich. Zahlreiche Beteiligte aus aller Welt fügten Deutschland einen Schaden in zweistelliger Milliardenhöhe zu.

Frau Brorhilker setzte sich hartnäckig gegen alle auch internen Widerstände durch und nahm die Auseinandersetzung mit den besten Wirtschaftsstrafverteidigern auf. Ihre erfolgreiche Arbeit und ihre Hartnäckigkeit sind wegweisend und hochgeschätzt.

Mitglieder der Ermittlungskommission TAX

Die beim LKA NRW im Jahr 2013 eingerichtete EK TAX (Steuer) bearbeitete im Zusammenspiel der Kriminalpolizei NRW, der Steuerfahndung NRW, dem Bundeszentralamt für Steuern und Frau OStAin Brorhilker die oben dargestellten CUM-Ex-Geschäfte.

Im Oktober 2014 wurden weltweit in 14 Ländern 130 Objekte durchsucht. Im Laufe der Ermittlungen wurden mehr als 300 Beschuldigte identifiziert. Banken werden in der Regel als Einziehungsbeteiligte zur Hauptverhandlung geladen und kommen der gerichtlichen Einziehung durch die Rückzahlung der Erstattungsbeträge zuvor. Es kam zu Steuerrückzahlungen in Höhe von ca. 270 Millionen Euro, daneben zur Einziehung bei Angeklagten in Höhe von ca. 30 Millionen Euro.

4 / PARTNER

Wir danken der Debeka und der BBBank sehr für ihre finanzielle Unterstützung bei der Umsetzung des Preises.



Prof. Dr. Andreas Gourmelon

Personalmarketing in Zeiten des verschärften Wettbewerbs um Nachwuchskräfte

1 / OHNE NACHWUCHSKRÄFTE KEINE ERFOLGREICHE POLIZEI

Ob die Polizei auch zukünftig ihren vielfältigen gesellschaftlichen Aufgaben gerecht werden kann, hängt wesentlich davon ab, ob es gelingt, eine ausreichende Anzahl geeigneter Nachwuchskräfte für den Dienst bei den Polizeien des Bundes und der Länder anzuwerben. Noch vor wenigen Jahren handelten viele Behörden und Verwaltungen nach dem Prinzip „publish and forget“ – die Personalrekrutierung beschränkte sich darauf, (meist langweilig gestaltete) Stellenausschreibungen zu veröffentlichen und alles Weitere dem Zufall zu überlassen. Inzwischen hat sich die Lage am Arbeitsmarkt in Deutschland aber derart verändert, dass sich Passivität in der Personalrekrutierung unmittelbar durch niedrige Bewerbungszahlen rächt.

Folgerichtig hat der Aufwand für die Rekrutierung nicht nur von Nachwuchskräften in allen Bereichen des öffentlichen Sektors erheblich zugenommen. Im vorliegenden Beitrag soll zum einen der Frage nachgegangen werden, ob sich der Wettstreit um Nachwuchskräfte weiter verschärfen wird. Zum anderen sollen Erkenntnisse für erfolgreiche Personalwerbung dargelegt werden.

2 / HOHE NACHFRAGE TRIFFT AUF SCHRUMPFENDES ANGEBOT¹

Das Personal des öffentlichen Sektors ist durch sein hohes Durchschnittsalter gekennzeichnet. Rund 1,38 Millionen Beschäftigte werden in den nächsten zehn Jahren ihren aktiven Dienst altersbedingt beenden². Neben diesem Ersatzbedarf kann sich zusätzlicher Personalbedarf durch eine Ausweitung staatlicher und kommunaler Aufgaben ergeben. Eine deutliche Arbeitsentlastung der Behörden und Verwaltungen durch Maßnahmen der Digitalisierung oder Zentralisierung von Aufgaben ist für die nächsten Jahre nicht absehbar. Folglich wird der öffentliche Sektor kurz- und mittelfristig weiterhin einen hohen Bedarf nach Personal, insbesondere jungen Nachwuchskräften, haben.

Diese hohe Nachfrage trifft in Deutschland auf einen Arbeitsmarkt, in dem das Erwerbspersonenpotenzial, also das Angebot an Arbeitskräften, rückläufig ist. Das Erwerbspersonenpotenzial wird vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB)³ definiert als die Summe der Erwerbstätigen, der Erwerbslosen und der stillen Reserve. Das Erwerbspersonenpotenzial betrug in Deutschland im Jahr 2015 nach Schätzungen des IAB rund 45,8 Millionen Personen. Die Entwicklung des Erwerbspersonenpotenzials hängt von einer Vielzahl von Größen ab, beispielsweise...

- der Altersstruktur der Bevölkerung; so ist bekannt, dass alsbald die geburtenstarken Jahrgänge altersbedingt nicht mehr dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen,
- der Geburtenrate; diese beeinflusst das Erwerbspersonenpotenzial naturgemäß nur langfristig,
- der Erwerbsquote von Frauen und Älteren,
- der Differenz von Zu- und Abwanderung (Nettowanderungssaldo) von Personen nach Deutschland. Im langjährigen Mittel beträgt der Nettowanderungssaldo in Deutschland rund 194.000 Personen.

In einem seiner Szenarien geht das IAB davon aus, dass der Nettowanderungssaldo jährlich 200.000 Personen beträgt und die Erwerbsquote von Frauen und Älteren weiter ansteigt. Bis 2030 wird in diesem – von den Nürnberger Forschern als realistisch bezeichnet – Szenario ein Rückgang des Erwerbspersonenpotenzials auf rund 44,5 Millionen, bis 2040 auf rund 42,1 Millionen Personen vorhergesagt. Gegenüber dem Stand von 2015 bedeutet dies einen Rückgang bis zum Jahr 2030 um 3 % bzw. bis zum Jahr 2040 um 8 %.

¹ Dieser Beitrag gründet auf: Gourmelon, A. (2021). Innovative Personalwerbung tut not. In A. Gourmelon (Hrsg.), Innovative Ansätze der Personalwerbung, S. 1 – 10. Heidelberg: Rehm.
² Röbbecke, T. (2019), Anforderungen an ein systematisches Onboarding aus der Sicht neuer Mitarbeiter. Unveröffentlichte Master-Thesis. Bochum: Ruhr-Universität Bochum, Fakultät für Psychologie.
³ Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (2017). IAB-Kurzbericht 6/2017. <http://doku.iab.de/kurzber/2017/kb0617.pdf> (abgerufen am 15.01.2019).

Wie sieht es im Bereich der Nachwuchskräfte aus?

Zur Beantwortung dieser Frage sind die Berechnungen der Kultusministerkonferenz (KMK) hilfreich. Seit 1963 veröffentlicht die Kultusministerkonferenz (KMK) regelmäßig Vorausberechnungen der Schüler- und Absolventenzahlen. Die Zahlen dienen als Grundlage zur Ermittlung des Lehrbedarfs und sind Eingangsdaten zur Prognose der Entwicklung im Hochschulbereich. Zweifelsohne sind diese Zahlen aber auch für die Personalrekrutierung von großem Interesse, insbesondere die Vorausberechnungen der Schulabsolventenzahlen. Gemäß der Prognose der KMK vom November 2021 gab es in Deutschland im Jahr 2011 etwa 506.000 Absolvierende mit Hochschul- oder Fachhochschulreife⁴. Im Jahr 2020 betrug diese Anzahl nur noch 383.000 und wird bis 2026 auf 349.000 absacken. Dieses Tal der Tränen wird in den darauf folgenden Jahren langsam überwunden, bis 2035 ein Niveau von 441.000 Absolvierenden mit Abitur o.ä. erreicht ist. Der Mangel an Nachwuchskräften wird sich kurzfristig erneut verschärfen, danach wird sich die Lage etwas entspannen, die goldenen Zeiten der 2010er-Jahre kommen aber wohl nicht wieder.

Neben der sinkenden bzw. mittelfristig sich auf niedrigem Niveau stabilisierenden Anzahl von Absolventen mit Abitur kommt verschärfend hinzu, dass derzeit ein massiver Wertewandel bei den Abiturientinnen und Abiturienten zu bemerken ist. Nach meiner Ansicht wird eine veränderte Einstellung zur Erwerbsarbeit durch die veränderten Arbeitsmarktbedingungen und die massive Werbung um Nachwuchskräfte ausgelöst. Ein hoher Anteil der Abiturientinnen und Abiturienten aus großstädtischen Milieus meint, dass sie nach dem Abitur eine Auszeit von einem Jahr bräuchten. Sie beginnen keine Ausbildung oder Studium und stehen dem Arbeitsmarkt erst später zur Verfügung. Kolleginnen und Kollegen, die in Personalämtern tätig sind, berichten, dass vermehrt junge Bewerberinnen und Bewerber nur noch in Teilzeit arbeiten möchten. Die jungen Menschen verspüren anscheinend einen geringen Druck zur Erwerbsarbeit als frühere Generationen und stehen dem Arbeitsmarkt im Hinblick auf „work-life-balance“ fordernd gegenüber.

Auf der einen Seite bleibt also die Nachfrage des öffentlichen Sektors nach Arbeitskräften hoch, auf der anderen Seite werden weniger Arbeitskräfte zur Verfügung stehen. Sofern – und das ist angesichts der derzeitigen Krisen (Ukraine-Krieg, Inflation, Corona, Klimawandel) nicht absehbar – auch in der Privatwirtschaft die Nachfrage nach Arbeitskräften zumindest stabil bleibt, wird sich der Wettstreit um Personal weiter verschärfen. Personalengpässe werden sich dabei nicht nur bei einzelnen hoch qualifizierten Berufsgruppen, sondern durchweg bei allen Fachkräften im öffentlichen Sektor ergeben⁵.

3 / ERFORDERLICH IST PROFESSIONELLES PERSONALMARKETING

Viele Behörden und Kommunalverwaltungen haben inzwischen erkannt, dass Personalmarketing ein notwendiger Bestandteil des Personalmanagements im öffentlichen Sektor geworden ist. Personalwerbung wird vielerorts mit hohem Aufwand betrieben, mal mit höherer, mal mit geringerer Professionalität. Die Schwierigkeit, effektive Personalwerbung zu betreiben, hat zugenommen. Das liegt unter anderem daran, dass durch die Verschärfung des Wettbewerbs um Personal beispielsweise Personalwerbung für Nachwuchskräfte nahezu allgegenwärtig ist. Selbst beim Einkauf im Discounter werden Schulabsolventen/innen plakativ Studienplätze und Karrierechancen angeboten. Die Nachwuchskräfte sind sich – so meine persönlichen Erlebnisse – ihrer Möglichkeiten (und ihrer Machtposition) durchaus bewusst. Ein Schüler meinte neulich: „Weshalb soll ich mich um ein Praktikum bewerben? Die Unternehmen wollen mich doch – sollen die sich doch um mich bewerben!“. In der Wissenschaft konnten inzwischen eine Reihe von grundsätzlichen Erkenntnissen erarbeitet werden, deren Berücksichtigung zu einer erfolgreichen Anwerbung und Bindung von Nachwuchskräften führt. Fünf ausgewählte Erkenntnisse werden nachfolgend beschrieben.

3.1 Personalwerbung mit System

Vereinzelte, nicht aufeinander abgestimmte und womöglich noch von unterschiedlichen Organisationseinheiten durchgeführte Werbemaßnahmen führen mittel- und langfristig nicht zum Erfolg. Wirksame Personalwerbung setzt eine langfristig-systematische, koordinierte sowie datengestützte Vorgehensweise voraus. Ein Handlungsmodell speziell für den öffentlichen Sektor bieten z. B. Behrens und Zempel an⁶. Personalwerbende müssen zudem für ihre Aufgabe qualifiziert sein, Laienarbeit kann im Personalmarketing erheblichen Schaden anrichten.

3.2 Informationen über Zielgruppen berücksichtigen

Eine datengestützte Vorgehensweise bedeutet, sich bei der Gestaltung von Marketing- und Werbekonzepten nicht auf das eigene (Vor-)Urteil über die Zielgruppe zu stützen, sondern die Ergebnisse empirischer Studien zu Merkmalen der Zielgruppe zu berücksichtigen. Auch zur Zielgruppe „Abiturienten/innen“ gibt es eine Reihe von Informationen, die bei der Gestaltung von Werbung beachtenswert sind. So wurde im Frühjahr 2018 in Nordrhein-Westfalen mit Unterstützung des Innenministeriums NRW eine repräsentative Gruppe von 957 angehenden Abiturienten/innen zu ihrem Berufswahlverhalten befragt⁷. Rund 27 % der Schülerinnen und Schüler wiesen einen aktuellen Notendurchschnitt auf, der besser als 2,0 war. Einen Migrationshintergrund hatten 34,6 % der befragten Schülerinnen und Schüler. In Abbildung 1 ist aufgelistet, welche Informationsquellen die Befragten für die Studien- und Berufswahl nutzen. Auffällig ist z. B. die hohe Bedeutung von „herkömmlichen“ Informationsquellen wie „Eltern“, „Informationstage an Schulen“, „Berufsinformationszentrum“ und die geringe Bedeutung von Quellen wie „Girls'Day/Boys'Day“ sowie „Radio/Fernsehen“. Soziale Medien wie Facebook oder Instagram werden von der Zielgruppe für die Studien- und Berufswahl kaum genutzt (zu ähnlichen Ergebnissen bezüglich der Wirksamkeit sozialer Medien gelangt für eine andere Zielgruppe die Forschendengruppe Thielsch, Erdal und Merhof⁸). Für die Personalwerbung kann aus diesen Ergebnissen die Konsequenz gezogen werden, soziale Medien angesichts knapper Ressourcen eher nachrangig zu verwenden; der persönliche Kontakt z. B. bei Informationstagen in Schulen oder Berufsmessen ist bedeutsamer.

Rang	Informationsquelle	genutzt von ... % der befragten Schüler/innen	Rang	Informationsquelle	genutzt von ... % der befragten Schüler/innen
1	Freunde/Bekannte	62,7 %	11	Jobmessen	30,7 %
2	Eltern	51,0 %	12	Lehrerinnen und Lehrer	27,2 %
3	Informationstage an Schulen	48,1 %	13	YouTube	23,2 %
4	Berufsinformationszentrum	40,1 %	14	Berufseignungstests	20,8 %
5	Homepage der Arbeitgeber	39,3 %	15	Online-Jobbörsen	14,2 %
6	Internetforen	39,2 %	16	Zeitungen und Zeitschriften	10,4 %
7	Praktika	38,9 %	17	Girls' Day/Boys' Day	9,5 %
8	Flyer/Broschüren	38,8 %	18	Radio/Fernsehen	7,0 %
9	Homepage der Hochschulen	34,0 %	19	Instagram	6,5 %
10	andere Verwandte	30,9 %	20	Facebook	3,3 %

Abbildung 1 : Informationsquellen von Schülerinnen und Schülern aus NRW für die Studien- und Berufswahl (N = 957, Mehrfachnennungen möglich)⁹

4 Sekretariat der Kultusministerkonferenz (2021). Statistische Veröffentlichungen der Kultusministerkonferenz. Nr. 230 – November 2021, S. 74.

https://www.kmk.org/fileadmin/Dateien/pdf/Statistik/Dokumentationen/Dok_230_Vorausberechnung_Schueler_Abs_2020_2035.pdf (Abruf am 5.1.22).

5 Detemple, P. & Höhn, A. (2018). Fachkräftemangel im öffentlichen Dienst. Prognose und Handlungsstrategien bis 2030. <https://www.pwc.de/de/offentliche-unternehmen/pwc-fachkraeftemangel-im-oeffentlichen-dienst.pdf> (abgerufen am 23.11.2020).

6 Behrens, I. & Zempel, C. (2012). Personalmarketing im öffentlichen Sektor. In A. Gourmelon (Hrsg.), Personalmanagement im öffentlichen Sektor, Band 2. München: Rehm.5 Detemple, P. &

7 Gourmelon, A. (2018). Aktuelle Daten zum Berufswahlverhalten von zukünftigen Abiturienten. <https://www.rehm-verlag.de/personalmanagement/blog-personalmanagement/aktuelle-daten-zum-berufswahlverhalten-von-zukuenftigen-abiturienten/> (abgerufen am 23.11.2020).

8 Thielsch, M. T., Erdal, D. & Merhof, V. (2021). Recruiting aus Sicht der Bewerber_innen. Zeitschrift für Arbeits- und Organisationspsychologie, 65 (3), 123 – 137 (S. 130).

9 aus: Gourmelon, A., Seidel, S. & Treier, M. (2019). Personalmanagement im öffentlichen Sektor – Grundlagen und Herausforderungen (2. vollständig überarbeitete Auflage). Heidelberg: Rehm.

Mit der Studie konnten auch Daten zu den Berufswahlkriterien der zukünftigen Abiturientinnen und Abiturienten erhoben werden. Besonders wichtig sind diesen jungen Menschen Kriterien wie „Spaß bei der Arbeit“ oder „sicherer Arbeitsplatz“, weniger wichtig sind die Kriterien „Auslandsaufenthalte“ oder „Teamarbeit“. Interessant sind auch Ergebnisse zu Teilgruppen der Befragten: Im Vergleich sind Männern die Kriterien Gehalt und Karrierechancen wichtiger als Frauen. Letztere legen mehr Wert auf das Kriterium „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“. High Potentials weisen den Kriterien sinnhafte Arbeit und Auslandsaufenthalte höhere Wichtigkeit zu, Schülerinnen und Schüler mit einem nicht so guten Notendurchschnitt ist das Kriterium Wohnortnähe wichtiger. Für Migranten/innen sind die Kriterien Gehalt, Karrierechancen, gesellschaftliches Ansehen, sicherer Arbeitsplatz wichtiger als für Nicht-Migranten/innen. Diesen Präferenzen der jungen Menschen können die Werbeaussagen der Polizei oder anderer Behörden gegenübergestellt werden, um zu verstehen, weshalb Teilgruppen der jungen Generation sich nicht im gewünschten Ausmaß bewerben. Abhängig vom verwendeten Köder werden nämlich jeweils andere Fische anbeißen.

Die Corona-Krise scheint gemäß den Ergebnissen einer ersten Studie durchaus Auswirkungen auf das Berufswahlverhalten von Schulabsolvierenden zu haben¹⁰. An Bedeutung gewinnen u. a. die Berufswahlkriterien „sicherer Arbeitsplatz“, „flexibler Arbeitsort“, „Gehalt“, „Aufstiegsmöglichkeiten“, „sinnvolle Arbeit“.

3.3 Wirksamkeit von Werbung überprüfen und optimieren

Werbemaßnahmen sind regelmäßig auf ihre Wirkung zu prüfen; aus den Ergebnissen dieser Prüfungen sind Optimierungen abzuleiten. Bei der Prüfung von Wirkungen sind „harte“ Kennzahlen wie z. B. „Anzahl der Bewerbungen“ zu verwenden. Kassebaum und Windorf¹¹ berichten beispielsweise über die Entwicklung der Bewerbungszahlen bei der Stadt Dortmund. Bei der Wirkungsprüfung sollten zudem auch Bewertungen der Zielgruppe Berücksichtigung finden. Beispielsweise haben sich junge Studierende der Hochschule für Polizei und öffentliche Verwaltung Nordrhein-Westfalen im Januar 2019 eine Vielzahl von Werbevideos angesehen, mit denen Kommunalverwaltungen versuchen, Abiturienten/innen anzuwerben¹². Die Studierenden bewerteten die Videos und analysierten, wie die Eindrücke zustande kamen.

Aus ihrer Analyse leiteten die Studierenden zahlreiche konkrete Hinweise für die Gestaltung von Werbevideos ab; beispielsweise die Verwendung einer zielgruppenorientierten Sprache (Vermeidung von Fachbegriffen aus dem Dienstrecht), der Auftritt von ranghohen Beschäftigten der werbenden Behörde, die Vermeidung von starker Sprachfärbung der im Video agierenden Personen u. v. m.

3.4 Auf Vielfaltsförderung achten

Der personalpolitische Grundsatz der Vielfaltsförderung wird bislang bei der Gestaltung von Personalwerbemaßnahmen im öffentlichen Sektor zu wenig beachtet. Werbemaßnahmen wären demgemäß auch so zu gestalten, dass damit auch z. B. Menschen mit Migrationshintergrund angesprochen werden. Die Analyse von 122 Werbevideos¹³ aus dem öffentlichen Sektor ergab, dass nur in 4,1 % der Videos das Thema Migration/interkulturelle Öffnung explizit thematisiert wird. In 43 % der Videos wirken Menschen mit Migrationshintergrund zwar mit, überwiegend jedoch in der Rolle als Auszubildende/Studierende, deutlich weniger häufig als Auszubildende oder Beschäftigte. Damit fehlen jungen Menschen mit Migrationshintergrund Identifikationsfiguren, die sie zur Bewerbung anregen. Insbesondere die für Menschen mit Migrationshintergrund wichtigen Berufswahlkriterien Gehalt, Aufstiegsmöglichkeiten und gesellschaftliches Ansehen werden selten angesprochen. Weiterhin werden Personen mit Migrationshintergrund in den wenigsten Fällen explizit dazu aufgefordert, sich zu bewerben (3,3 % der Werbevideos).

3.5 Auswahl- und Einführungsprozesse unter die Lupe nehmen

Die besten Werbemaßnahmen laufen ins Leere, wenn die Auswahl- und Einführungsprozesse nicht sorgsam gestaltet werden. Schnell sind insbesondere junge Bewerberinnen und Bewerber vergrault: Zu den No-Gos im Auswahlprozess gehören die Aufforderung, umfangreiche Schriftstücke wie Bewerbungsanschreiben oder Motivationsschreiben zu verfassen, eine lange Zeitdauer, bis die Behörde auf die Bewerbung reagiert, Einladungsschreiben, die im Amtsdeutsch verfasst sind, Interviews, in denen die Bewerberinnen und Bewerber massiv Stress erleben usw. Hat sich eine Behörde oder Verwaltung für eine Kandidatin oder Kandidaten entschieden, sind Maßnahmen der Personaleinführung bzw. Onboardings zu ergreifen. Es gilt, die neuen Beschäftigten dadurch an die eigene Organisation zu binden, dass der Einstieg in den beruflichen Alltag erleichtert wird. Beispiele für Maßnahmen der Personaleinführung im öffentlichen Sektor und deren Nützlichkeit finden sich z. B. bei Greiner¹⁴ und Röbbcke¹⁵.

4 / FAZIT

Für die Polizeien des Bundes und der Länder wird es in den nächsten Jahren schwieriger, in ausreichender Anzahl geeignete Nachwuchskräfte anzuwerben. Durch eine weitere Professionalisierung im Bereich des Personalmarketings kann es gelingen, den Wettbewerb um Nachwuchskräfte erfolgreich zu bestehen. Professionelles Personalmarketing zeichnet sich dadurch aus, dass Werbemaßnahmen auf Grundlage systematisch erhobener Daten zur Zielgruppe geplant und durchgeführt werden. Erfolgreich Werbende fragen sich stets: Was gefällt der Zielgruppe? Weniger bedeutsam ist, ob Werbemaßnahmen dem Geschmack der Werbenden entsprechen. Werbemaßnahmen sollten evaluiert werden, z. B. daraufhin, ob mit ihnen Zielgruppen angesprochen werden, die im öffentlichen Sektor unterrepräsentiert sind. Auswahl- und Onboardingverfahren sind auch unter dem Gesichtspunkt zu gestalten, dass mit ihnen die Arbeitgeberattraktivität gesteigert wird.

Prof. Dr. Andreas Gourmelon

Diplom-Psychologe und diplomierter Wirtschaftswissenschaftler mit berufspraktischer Erfahrungen im öffentlichen Sektor durch eine fünfjährige Tätigkeit als Referent der Bundesagentur für Arbeit. In Lehre und Forschung an der Hochschule für Polizei und öffentliche Verwaltung Nordrhein-Westfalen befasst er sich vorwiegend mit Fragen des Personal- und Verwaltungsmanagements. Zudem berät er zahlreiche Institutionen auf Bundes-, Landes- und Kommunalebene und führt Fortbildungsveranstaltungen zu den Themen Personal- und Verwaltungsmanagement durch. Er ist Mitherausgeber der Fachzeitschrift „Der Öffentliche Dienst – Personalmanagement und Recht“ sowie Autor zahlreicher Fachveröffentlichungen.

Kontakt: dr.andreas.gourmelon@googlemail.com

10 Schön, S. (2021). Verändert sich das Berufswahlverhalten von Abiturienten durch die Corona-Pandemie?

Unveröffentlichte Thesis-Arbeit. Gelsenkirchen: Hochschule für Polizei und öffentliche Verwaltung NRW.

11 Kassebaum, S. & Windorf, S. (2009). Marketing der Stadtverwaltung Dortmund zur Gewinnung qualifizierter Nachwuchskräfte. In A. Gourmelon, C. Kirbach und S. Etzel (Hrsg.), Personalauswahl im öffentlichen Sektor (S. 291-310). Baden-Baden: Nomos.

12 Gourmelon, A. (2019). Was ist bei der Produktion von Werbevideos zu beachten? <https://www.rehm-verlag.de/personalmanagement/blog-personalmanagement/was-ist-bei-der-produktion-von-werbevideos-zu-beachten/> (abgerufen am 23.11.2020).

13 Gourmelon, A. (2020). Werbevideos: Für Nachwuchskräfte mit Migrationshintergrund zu wenig attraktiv. <https://www.rehm-verlag.de/personalmanagement/blog-personalmanagement/werbevideos-fuer-nachwuchskraefte-mit-migrationshintergrund-zu-wenig-attraktiv/> (abgerufen am 23.11.2020).

14 Greiner, T. (2021). Remote Onboarding von Young Professionals im öffentlichen Dienst – Entwicklung von Maßnahmen für ein erfolgreiches Onboarding im Home-Office. Unveröffentlichte Thesis. Bochum: Universität Bochum, Fakultät für Psychologie.

15 Röbbcke, T. (2019). Anforderungen an ein systematisches Onboarding aus der Sicht neuer Mitarbeiter. Unveröffentlichte Master-Thesis. Bochum: Ruhr-Universität Bochum, Fakultät für Psychologie.



Prof. Dr. Thomas Grumke

Rechtsextremismus als Herausforderung für die freiheitliche Gesellschaft

Am Anfang des 21. Jahrhunderts gehört politischer Extremismus zur Normalität fast aller westlichen Demokratien. Dies gilt auch für Deutschland. Im Jahr 32 der deutschen Einheit sind – im Bewusstsein eines nicht kleinen Teils der Bevölkerung – erhebliche Verschleißerscheinungen der repräsentativen Demokratie festzustellen. Vor diesem Hintergrund verbreitern und intensivieren sich demokratiefeindliche Diskurse in der Gesellschaft.

Dabei stehen das Suchen nach unhinterfragbaren Identitäten und die Ethnisierung gesellschaftlicher Verhältnisse – also die Verknüpfung gesellschaftlicher Missstände mit bestimmten ethnischen Gruppen, denen negative Eigenschaften zugeschrieben werden – sowie Absagen an die Menschenrechte im Mittelpunkt. Teilweise ist eine Kontrastgesellschaft entstanden, die sich einer demokratischen Bindung verschließt.

1 / IDEOLOGIE UND MOBILISIERUNG

Heute kann Rechtsextremismus als internationales, modernes und vielschichtiges Phänomen beschrieben werden – sogar als Erlebniswelt (vgl. Glaser/Pfeiffer 2017). Althergebrachte eindimensionale Forschungsansätze sind immer weniger in der Lage, den modernen Rechtsextremismus zu erklären, der sich als „normale Pathologie westlicher Industriegesellschaften“ (so Scheuch/Klingemann schon 1967) festgesetzt hat.

Rechtsextremisten haben eine eigene Begriffs- und Gedankenwelt aufgebaut. Bei der extremistischen Rechten liegen sowohl eine sehr ausgeprägte Ideologie und kollektive Identität als auch ein daran ausgerichteter Lebensstil vor. Es sind vor allem die ideologischen Elemente des völkischen Nationalismus, des (biologischen wie kulturellen) Rassismus und des Antisemitismus, die der rechtsextremistischen Bewegung in unterschiedlichen Variationen und Vermischungen ein gemeinsames Bewusstsein verschaffen.

Der Ansatz der kollektiven Identität eignet sich besonders gut zur Untersuchung extremistisch rechter Bewegungen. Dieser Ansatz nimmt die Faktoren in den Blick, die zum Wir-Gefühl der Bewegung beitragen. So zieht auch der deutsche Rechtsextremismus markante Grenzen innerhalb des Gesellschaftssystems – er übt an der Gesellschaft gleichsam Fundamentalkritik von außen. Die Selbstwahrnehmung, politisch verfolgt und – sowohl als „weiße Rasse“ als auch individuell – bedroht bzw. den Repressionen eines als illegitim empfundenen Staates ausgesetzt zu sein, verstärkt die kollektive Identität der extremistischen Rechten noch einmal erheblich und bildet die vielleicht sogar wichtigste Klammer, die diese Bewegung zusammenhält. Die kollektive Identität als Gegenbewegung – oder, wie sich Teile der Szene bezeichnen: als „Nationaler Widerstand“ – wird also hauptsächlich über Konflikte mit dem „System“ und Dritten konstruiert. Darüber hinaus kommen die gemeinsame Bewegungsgeschichte (Mythen und Märtyrer-Legenden), gemeinsame kulturelle Praktiken (Rituale, Symbole, Mode), gemeinsame Treffpunkte (zum Beispiel lokale Jugendclubs, Szeneläden, Rudolf-Heß-Gedenkmärsche oder Demonstrationen) sowie gemeinsame Szene-Medien zum Tragen (zum Beispiel Blogs, Internetforen usw.).

Als neue ideologische Frontlinie hat sich eine vehement vertretene, antikapitalistisch verbrämte Ablehnung der Globalisierung etabliert (vgl. Grumke 2009). Das ideologische Arsenal von Volk und Nation wird von Rechtsextremisten um Kampfbegriffe wie Globalisierung, Kapitalismus, Imperialismus und Identität erweitert und so auch international kompatibel gemacht. Jüngst ist auch vom „Großen Austausch“ (franz. Le grand remplacement) in Anlehnung an die Schriften des französischen Rechtsextremisten Renaud Camus die Rede: die Verschwörungstheorie eines geheimen Plans, nach dem die weiße europäische Bevölkerung nach und nach durch Muslime und Nichteuropäer ersetzt werden soll (vgl. Weiß 2017). Dies kann bis ins Pathologische mit Verschwörungsmmythen angereichert werden, wie z.B. bei der QAnon-Erzählung (vgl. Cosentino 2020, Kap. 3).

Schon seit geraumer Zeit bemüht sich das rechtsextremistische Spektrum ferner, die „soziale Frage“ mit seinen politischen Inhalten zu besetzen und sich als „Rächer der sozial Benachteiligten“ zu stilisieren (vgl. Grumke 2009). Teile der rechtsextremistischen Szene propagieren einen nationalen oder völkischen Sozialismus, der sich gegen den „bankrotten“ westlichen Parlamentarismus und eine „kapitalistische Plutokratie“ richtet. Auch der rechtsextremistische Gerechtigkeitsbegriff ist in völkischen Kategorien verhaftet, bezieht sich auf die Solidarität des Volkes mit seinen Angehörigen und kommt nur denen zugute, die als zum eigenen Volk gehörig akzeptiert werden.

Nicht zuletzt ist dies eine Reaktion auf die in Deutschland bestehende soziale Ächtung rechtsextremistischer Gruppierungen und der Versuch, Anerkennung und Legitimität zu gewinnen. So lässt sich feststellen, dass klassische, vergangenheitsbezogene Themen – etwa die Forderung nach Rückgabe der deutschen Ostgebiete, nach einem Ende der Entschädigungszahlungen für die Opfer des Nationalsozialismus oder die Holocaust-Leugnung – zurückgestellt werden. Völlig aufgegeben werden sie keineswegs. Stattdessen werden aktuelle politische und soziale Probleme, wie die hohe Arbeitslosigkeit, Kürzungen im Sozialbereich oder jüngst die Corona-Pandemie, in den Vordergrund gestellt. Die Hinwendung zu sozialen Themen und ein verstärktes lokalpolitisches Engagement lassen sich daher in erster Linie als Versuche der extremistischen Rechten interpretieren, diese soziale Ächtung zu überwinden und Akzeptanz in der Bevölkerung zu gewinnen.

Mäßigung und der Versuch, Akzeptanz zu gewinnen, bedeuten jedoch nicht, dass sich die politischen Ziele von Rechtsextremisten geändert hätten. Sie betreiben weiterhin bewusst eine Ethnisierung des Sozialen, die immer wieder Raum für rassistische Ressentiments schafft und eine Klientel ansprechen soll, die über fremdenfeindliche Einstellungen verfügt. Das heißt: Trotz aller taktischen Windungen setzen Rechtsextremisten weiterhin auf eine radikale und revolutionäre Umgestaltung der Gesellschaft nach völkischen Kriterien.

2 / STRUKTUR UND AKTION

Die Existenz rechtsextremistischer Organisationen gehört zu den Konstanten in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland (zur Entwicklung des Rechtsextremismus in Deutschland vgl. Grumke/Wagner 2002; Virchow/Langebach/Häusler 2016 und Salzborn 2020).

In Deutschland besteht eine stark ausdifferenzierte und vernetzte Szene mit wenigen Wahlparteien, einer Reihe von übergreifenden Bewegungsorganisationen und zahllosen aktiven Kleingruppen („groupuscules“). Mit der NPD existiert eine Partei, die sich zeitweise vor allem in Ostdeutschland als Wahlpartei mit vitalen lokalen Strukturen etabliert hatte und gleichzeitig als zentrale Bewegungsorganisation mit guten Kontakten zum nicht parteilich organisierten Spektrum fungiert. Es sind regelmäßige größere Mobilisierungen, Feste, Aufmärsche und – wenn auch nicht gleich stark in allen Bundesländern – eine ausgeprägte Demonstrationspolitik zu verzeichnen. Ferner verfügt der deutsche Rechtsextremismus über eine Vielfalt an Propagandamitteln wie Zeitungen und Zeitschriften, Versandhandlungen und vor allem Präsenz im World Wide Web. Was die ‚Alternative für Deutschland‘ (AfD) angeht, so sind in ihr unbestreitbar auch Rechtsextremisten tätig. Ob jedoch die Partei als Ganzes als rechtsextremistisch bezeichnet werden kann, ist umstritten.

Pfahl-Traughber kommt in einer sehr sorgfältigen Analyse zu dem Schluss: „In der Bilanz bedeutet dies, dass man es bei der AfD mittlerweile selbst mit einer rechtsextremistischen Partei zu tun hat“ (Pfahl-Traughber 2018, 239; vgl. auch Pfahl-Traughber 2019). Vom Bundesamt für Verfassungsschutz wurde die AfD-Jugendorganisation ‚Junge Alternative‘ sowie die AfD-Teilorganisation ‚Der Flügel‘ im März 2019 zu Verdachtsfällen erhoben (vgl. BMI 2022, 89-91).

Betrachtet man das aktuelle Erscheinungsbild der extremistischen Rechten in der Bundesrepublik, dann dominierten lange Zeit die Parteien. Mit insgesamt etwa 6.600 Mitgliedern organisierten sie 2015 aber nur noch ca. 28 Prozent der aktiven Rechtsextremisten – 1999 waren es noch ca. 72 Prozent. Diese Entwicklung lässt sich jedoch keineswegs als ein Niedergang des Rechtsextremismus im Allgemeinen begreifen – lediglich seine Hauptträger, seine charakteristischen Strukturen und Aktionsformen haben sich verändert. Neben dem traditionellen, parteiförmigen Spektrum des Rechtsextremismus hat sich in Deutschland seit den 1980er/1990er Jahren ein bewegungsförmiger Flügel gebildet, der mehrheitlich von Jugendlichen und jungen Erwachsenen meist männlichen Geschlechts dominiert wird und heute weitgehend das Erscheinungsbild des organisierten Rechtsextremismus bestimmt. Man kann hier von einem deutlichen Umbruch sprechen, der durch eine Verjüngung und Dynamisierung sowie einen gravierenden Anstieg fremdenfeindlicher Gewalttaten geprägt war.

Gerade die flächendeckend vorhandenen neonazistischen „Kameradschaften“ und „Aktionsbüros“ – regionale rechtsextremistische Gruppierungen, die den radikalen oder fundamentaloppositionellen Flügel des Rechtsextremismus darstellen – sind stark politisiert, aktivistisch orientiert und haben seit den 1980er/1990er Jahren eine wachsende Bedeutung erfahren (vgl. Röpke/Speit 2004). Zusammen mit der Ausbildung einer jugendlichen, überwiegend maskulin geprägten Jugendkultur haben diese Elemente wesentlich zur Dynamisierung des Rechtsextremismus in Deutschland beigetragen. Parteien und Bewegungselemente sind in ganz Deutschland vertreten, in einigen Regionen ist zwischen partei- und bewegungsförmigen Strukturen kaum mehr zu unterscheiden – beide Teile scheinen zu verschmelzen. In diesem Zusammenhang sind auch neue Formationen wie ‚Die Rechte‘, ‚Der III. Weg‘ oder jüngst die ‚Freien Sachsen‘ zu nennen, die sich aus rein taktischen Gründen als Parteien organisieren, weil Verbote dadurch schwieriger werden.

In Deutschland hat sich zudem eine rechtsextremistische „Demonstrationpolitik“ mit hoher Frequenz öffentlicher Aktionen etabliert, an die die „Corona-Proteste“ teilweise anknüpfen.

Vornehmlich junge Neonazis bezeichnen sich selbst als „Autonome Nationalisten“. Sie propagieren einen „revolutionären nationalen Sozialismus“ und einen völkischen Antikapitalismus. Strategisch, optisch und semantisch bedienen sie sich bei linksextremistischen „Autonomen“, einschließlich „schwarzer Blöcke“ und der Forderung nach militanten Kampfformen (vgl. Schedler/Häusler 2011). Ebenfalls bedeutsam ist die in Frankreich gegründete ‚Identitäre Bewegung‘, die sich vor allem mit Flashmobs und spektakulären öffentlichen (für die Verbreitung im Internet aufbereiteten) Aktionen einen Namen gemacht hat und u.a. immer wieder im Umfeld der AfD und ihrer Jugendorganisation ‚Junge Alternative‘ festgestellt wird (vgl. Speit 2018). Ferner sind jüngst auch internationale, von Neonazis organisierte Kampfsportveranstaltungen (Mixed Martial Arts [MMA]) zu verzeichnen (vgl. Claus 2020), die nicht zuletzt den Sicherheitsbehörden große Sorge bereiten.

3 / GEWALT UND RECHTSEXTREMISMUS

Wie eine genaue Analyse der gesellschaftlichen Kontextbedingungen zeigt, sind Rechtsextremisten gegenwärtig keine ernste Gefahr für die Institutionen der parlamentarischen Demokratie: Die Machtübernahme steht nicht bevor! Dessen ungeachtet, ist die rechtsextremistische Bewegung sehr wohl in der Lage, einen Teil der öffentlichen Meinung in ihrem Sinne zu beeinflussen. Aus einem weiteren Grund sind Rechtsextremisten durchaus eine ernste Gefahr für die freiheitliche Gesellschaft: durch die direkte oder indirekte Androhung oder sogar Anwendung von Gewalt. Die Morde der Gruppierung, die sich ‚Nationalsozialistischer Untergrund‘ (NSU) nannte, haben dies auf schreckliche Weise gezeigt – sie bilden allerdings nur die Spitze des Eisbergs.

Gewalt ist der Ideologie des Rechtsextremismus inhärent, wenn diese zu Ende gedacht wird. So gibt es schlussendlich nur zwei konsequente politische Antworten auf die von Rechtsextremisten als „nationen- und rassezersetzend“ wahrgenommene liberale und multiethnische Realität: entweder die totale geographische und individuelle Abschottung oder eine gewaltsame „arische Revolution“. Gewaltakzeptanz soll hier mit Kurt Möller in vier Varianten der Eskalation unterteilt werden:

- die Überzeugung der unabänderlichen Existenz und die daraus gefolgerte Tolerierung von Gewalt als „normalem“ Konfliktlösungsmittel
- die Billigung fremdausgeübter Gewalt – sei sie von Privatpersonen ausgeführt oder obrigkeitlich-staatlich-repressiv
- eigene Gewaltbereitschaft
- und tatsächliche Gewalttätigkeit (vgl. Möller 1993, 3).

Alle diese Varianten stellen Gewaltakzeptanz dar und sollten auch als solche verstanden werden: „Gewaltakzeptanz fängt längst vor dem Zündeln, Zuschlagen oder Zustecken an“ (Ebd.). Nach diesem Vorbild sehe ich Gewalt als Spitze einer Pyramide, die bereits mit Vorurteilen und nicht-kriminellen Akten ihren Anfang nimmt und über offene Diskriminierung zu kriminellen Akten direkter Gewalt führen kann. Terrorismus ist die Spitze der Gewalt-Pyramide und stellt den extremsten Fall politischer Gewalt dar.

Eine zentrale Rolle in dem stufenweisen Radikalisierungsprozess kommt der rechtsextremistischen Propaganda zu. Wie unter anderem die Beispiele Timothy McVeigh (Oklahoma City), Anders Behring Breivik (Oslo und Utoya) oder Stefan Balliet (Halle) zeigen, ist eine aktive Mitgliedschaft in einer rechtsextremistischen Gruppe oder auch nur der persönliche Kontakt zu anderen aktiven Rechtsextremisten nicht erforderlich, um die dritte Stufe zu erreichen und terroristische Anschläge zu verüben. Ein weiteres Phänomen ist die Verschmelzung von virtueller und tatsächlicher Realität (Stichwort: Gamification), wie der Livestream der Morde in zwei Moscheen in Christchurch auf Facebook sowie der Angriff auf die Synagoge in Halle mit einem Livestream auf Twitch gezeigt haben.

Es ist in jedem Fall zwingend notwendig, eine Ideologie der Delegitimation zu verinnerlichen, die das ideologische Framework und die Rechtfertigung der Gewalttat darstellt. Hierbei „füttert“ die Ideologie sozusagen die auf den Stufen der Radikalisierung aufsteigenden Personen ständig.

4 / WAS TUN

Da die Prozesse von Globalisierung und Transnationalisierung nicht einfach morgen enden und damit Fragen der (kulturellen) Identität, gemeinsamer Werte sowie individueller Verunsicherung auf der Tagesordnung ganz oben verbleiben werden, bleibt auch die politische Nische für Extremisten aller Art für absehbare Zeit recht stabil.

Was ist also zu tun? Dieser Frage soll zum Schluss schlaglichtartig nachgespürt werden:

- Durchweg alle Aktivitäten von politischen Extremisten sind auf Konflikt und Polarisierung ausgerichtet, nicht Konsens. Daher werden besonders Konflikte nachgerade kultiviert, die „unteilbar“ sind und sich nicht in einem verhandelbaren „mehr-oder-weniger“ auflösen lassen, sondern nur in einem nicht verhandelbaren „entweder-oder“. Zuvorderst geht es dabei um Identität. In diesem Sinne scheint die beste Gegenwehr die Delegitimation ihrer „Basisgeschichte“, insbesondere deren Darstellung als altruistische Stimme „des Volkes“ oder Vertreter der „schweigenden Mehrheit“. Hierbei ist eine faktengesättigte Argumentation unerlässlich, die in der Regel zeigen wird, dass es sich eben nicht durchweg um fleißige, ehrliche, selbstlose, patriotische Helden des Alltags handelt, sondern wir es überproportional mit Egomane und Soziopathen zu tun haben, die es oft auch mit dem Gesetz (damit sind ausdrücklich auch die selbst gegebenen Regeln gemeint) nicht allzu genau nehmen.
- Wie die Einstellungsforschung immer wieder zeigt, nimmt die Zustimmung zu menschenfeindlichen Denkmustern mit dem Grad der Bildung ab. Grundsätzlich gilt: je ungebildeter, desto extremistischer! Vor diesem Hintergrund ist es erstaunlich, dass es an deutschen Schulen noch kein Regelfach Demokratieerziehung gibt, wo jungen Menschen Theorie und Praxis der liberalen Demokratie – als auch Ideologien und Strategien ihrer Feinde – vermittelt wird. Dass das Thema Demokratie eine zentrale Stelle in der Lehre an Hochschulen für öffentliche Verwaltung haben muss, liegt außer Frage. Politische Bildung im Sinne von Extremismusprävention und -bekämpfung muss ein permanenter demokratiebegleitender Prozess sein.

Extremisten leben, wie übrigens alle Fundamentalisten, in einer hermetischen ideologischen Gegenwelt. Gesellschaftlich ist also allgemein die Frage: Wie kann eine liberal-pluralistische Gesellschaft eine absolute Feinderklärung annehmen, ohne ihre eigenen freiheitlich-demokratischen Ideale aufzugeben? Eine Antwort hierauf zu finden, ist vor dem Hintergrund sich festigender antidemokratischer Einstellungsmuster in einem nicht kleinen Teil der Bevölkerung bei abnehmender Bindekraft zentraler demokratischer Institutionen für alle Demokraten zwingend.

Prof. Dr. Thomas Grumke

Hochschule für Polizei und öffentliche Verwaltung NRW

Geb. 1970, studierte Politik- und Literaturwissenschaft in Osnabrück, Ottawa, Berlin, New York und Frankfurt/Oder. In seiner Promotion untersuchte er den Rechtsextremismus in den USA und legte seitdem zahlreiche Veröffentlichungen zum deutschen und internationalen Extremismus sowie zur Arbeit der Sicherheitsbehörden vor. Nach über acht Jahren als Referent im Innenministerium NRW ist er seit 2012 Professor für Politikwissenschaft und Soziologie an der Hochschule für Polizei und öffentliche Verwaltung (HSPV) NRW, Studienort Gelsenkirchen, und hier im Bachelorstudiengang „Polizeivollzugsdienst“ tätig.

Literatur

- Bundesministerium des Innern und für Heimat (2022). Verfassungsschutzbericht 2021, Berlin.
- Claus, R. (2020). Ihr Kampf. Wie Europas extreme Rechte für den Umsturz trainiert, Bielefeld.
- Cosentino, G. (2020). Social Media and the Post-Truth World Order: The Global Dynamics of Disinformation, Wiesbaden.
- Glaser, S. & Pfeiffer, T. (Hrsg.) (2017). Erlebniswelt Rechtsextremismus. Menschenverachtung mit Unterhaltungswert: Hintergründe - Methoden - Praxis der Prävention, Schwalbach/Ts (5. Aufl.).
- Gräfe, S. (2017). Rechtsterrorismus in der Bundesrepublik Deutschland: Zwischen erlebnisorientierten Jugendlichen, „Feierabendterroristen“ und klandestinen Untergrundzellen, Baden-Baden.
- Griffin, R. (2003). From slime mould to rhizome: an introduction to the groupuscular right. In: Patterns of Prejudice, H. 1/2003, S. 27-50.
- Grumke, T. (2009). „Sozialismus ist braun“. Rechtsextremismus, die soziale Frage und Globalisierungskritik, in: Braun, S. & Geisler, A. & Gerster, M. (Hrsg.): Strategien der extremen Rechten. Hintergründe – Analysen – Antworten, Wiesbaden, S. 148-162.
- Grumke, T. & Wagner, B. (Hrsg.) (2002). Handbuch Rechtsradikalismus. Personen – Organisationen – Netzwerke, vom Neonazismus bis in die Mitte der Gesellschaft, Opladen.
- Köhler, D. (2016). Right-Wing Terrorism in the 21st Century. The National Socialist Underground and the History of Terror from the Far-Right in Germany. Oxford/New York.
- Pfahl-Traughber, A. (2018). „Ist die ‚Alternative für Deutschland‘ eine rechtsextremistische Partei?“, in: Ders. (Hrsg.), Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2017/18 (I), Brühl, S. 208-239.
- Pfahl-Traughber, A. (2019). Die AfD und der Rechtsextremismus: Eine Analyse aus politikwissenschaftlicher Perspektive, Wiesbaden.
- Röpke, A. & Speit, A. (Hrsg.) (2004). Braune Kameradschaften. Die neuen Netzwerke der militanten Neonazis, Berlin.
- Salzborn, S. (2020). Rechtsextremismus. Erscheinungsformen und Erklärungsansätze, Baden-Baden (4. Aufl.).
- Schedler, J. & Häusler A. (Hrsg.) (2011). Autonome Nationalisten. Neonazismus in Bewegung, Wiesbaden.
- Scheuch, E. & Klingemann, H. (1967). Theorie des Rechtsextremismus in westlichen Industriegesellschaften. In: Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, 12. Jg., S.11-29.
- Speit, A. (Hrsg.) (2018). Das Netzwerk der Identitären: Ideologie und Aktionen der Neuen Rechten, Berlin.
- Virchow, F. & Langebach, M. & Häusler, A. (Hrsg.) (2017). Handbuch Rechtsextremismus, Wiesbaden.
- Weiß, V. (2017). Die autoritäre Revolte. Die Neue Rechte und der Untergang des Abendlandes, Stuttgart.



Prof. Dr. Klaus Schroeder

Linksextremismus in Deutschland

In den letzten Jahren ist die linksextreme Szene ideologisch radikaler und ihre Gewaltformen sind enthemmter geworden. Teile der Grünen, der Linkspartei und der Jusos lassen eine prinzipielle Distanzierung von politisch links motivierter Gewalt vermissen.

Derzeit stehen in Dresden eine in Leipzig wohnende Studentin und ihre linken Gesinnungsgenossen, von denen einige den Sicherheitsbehörden einschlägig durch linksmotivierte Gewalttaten bekannt sind, vor Gericht. Laut Anklage haben sie mit äußerster Brutalität mehrere Rechtsextreme überfallen und malträtiert, z.B. schlugen sie mit Schlagstöcken und Eisenstangen auf schon am Boden liegende Personen ein. Linksextremisten solidarisierten sich ohne Wenn und Aber mit den Angeklagten und verkündeten auf Indymedia.org: „Konsequenter Antifaschismus ist notwendig, auch wenn er sich nicht immer im Rahmen des Gesetzes bewegt, bedenkt man die Unfähigkeit und den Unwillen deutscher Sicherheitsbehörden, geht es um die Verfolgung gewaltbereiter Neonazis, deren Ideologie die Vernichtung von Menschenleben zum Ziel hat.“

Ihre eigene „Humanität“ zeigte hingegen die linke Szene in Leipzig im September 2021 anlässlich einer Demonstration gegen den Prozess, den sie für politisch motiviert hielt. Ihre Anhänger randalierten und trugen ein Transparent mit sich, auf dem sie dem Chef des polizeilichen Terrorismus- und Extremismus-Abwehrzentrums drohten: „Bald ist er aus, Dein Traum, dann liegst Du im Kofferraum.“ Dies ist zweifelsohne eine Anspielung auf den von Linksterroristen ermordeten Arbeitgeberpräsidenten Schleyer, dessen Leiche 1977 in einem Kofferraum aufgefunden wurde. Die Demonstration hatte, nebenbei gesagt, eine sächsische Landtagsabgeordnete der Linkspartei angemeldet.

Auch in Stuttgart, nicht gerade bekannt für eine starke linksextreme Szene, kam es Ende Mai 2020 zu einem brutalen Gewaltübergriff. Eine Gruppe vermummter Linksextremisten überfiel mehrere Personen, die in einer AfD-nahen Gewerkschaft organisiert sind. Einen der Überfallenen schlugen sie sogar noch, als er auf dem Boden lag. Die Person erlitt lebensgefährliche Verletzungen und hätte von den linken Gewalttätern bei dem Überfall getötet werden können. Der Vorfall wurde zwar in der regionalen, aber kaum in der überregionalen Presse ausführlich erwähnt.

Die linke Schlägerbande rechtfertigte die Gewalttat mit dem Hinweis auf eine angebliche faschistische Gesinnung der überfallenen Personen. In ihrer Kommandoerklärung führten die Täter aus, dass bei derartigen gewalttätigen Übergriffen auch schwere bis tödliche Verletzungen vorkommen könnten. Eine gezielte Tötungsabsicht stritten sie ab, dafür sei die Bewegung momentan nicht stark genug, drohten jedoch unverhüllt, sie würden Morde an politischen Gegnern nicht prinzipiell ausschließen, sondern in taktische Überlegungen einordnen.

Ein weiterer Höhepunkt im antizivilen Verhalten linker Gewalttäter war der Überfall von Linksextremisten auf die Angestellte einer Immobilienfirma in Leipzig. Im November 2019 attackierten zwei vermummte Linksextremisten die Mitarbeiterin in ihrer Privatwohnung. Sie schlugen sie brutal nieder und flüchteten dann. In ihrer Rechtfertigung bekannten die linken Täter freimütig, sie hätten die Frau bewusst ins Gesicht geschlagen, damit es ihr wirklich weh tat.

Diese drei von Linksextremisten verübten brutalen Gewalttaten sind typisch für eine Enthemmung von Gewalt innerhalb der linken Szene. Was die Medien heute als neues Phänomen einer eigentlich gewaltfreien linken Szene beschreiben, ist in Wirklichkeit nur ein Wiederaufflammen brutaler Gewalt, die ihre Wurzeln in den 1960er Jahren hat.

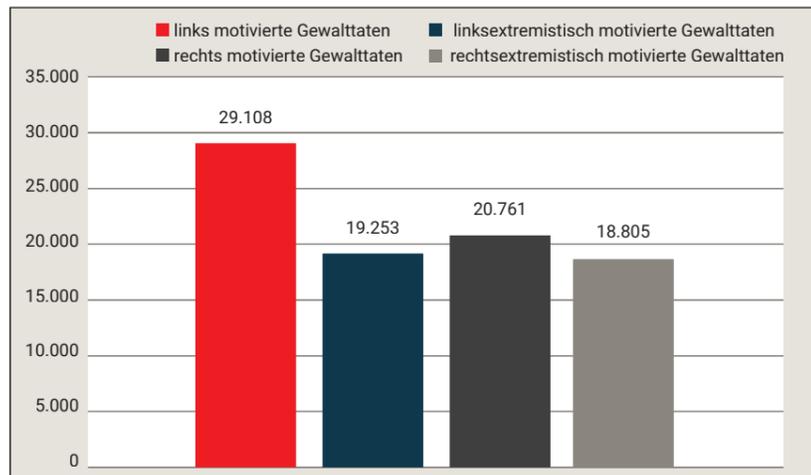
1 / WAS KENNZEICHNET LINKSEXTREMISMUS?

Als linksextrem lassen sich Gruppen und Personen bezeichnen, die nicht nur die Wirtschaftsordnung, den Kapitalismus, überwinden oder abschaffen wollen, sondern auch das politische System insgesamt verändern und die bürgerliche Gesellschaft zerschlagen wollen. Da sie die Verfassung und die ihr zugrundeliegende Werteordnung ablehnen, stufen die Sicherheitsbehörden sie zu Recht als verfassungsfeindlich ein. Linksextremisten stehen meist unter dem Schuttschirm des gesamten linken Milieus. Dass oftmals die Trennlinien zwischen extremer und radikaler, aber demokratischer Linker verschwimmen, erschwert sowohl die Einordnung als auch die Betrachtung des Linksextremismus.

Linksextreme beziehen sich auf unterschiedliche Ideen und Ideologien sowie existierende oder untergegangene sozialistische/kommunistische Staaten. Das Spektrum der Gruppen reicht(e) von Anhängern der DDR über Maoisten und (Post)Autonomen bis hin zu Anarchisten, die jegliche Herrschaftsform ablehnen. Die Sicherheitsbehörden schätzen das linksextreme Personenpotenzial für 2020 auf über 34.000 Personen, unter ihnen etwa 9.600 Gewaltorientierte, die zumeist in kleinen autonomen und anarchistischen Gruppen agieren. Seit den 1980er Jahren prägen die Autonomen die gewalttätige linke Szene.

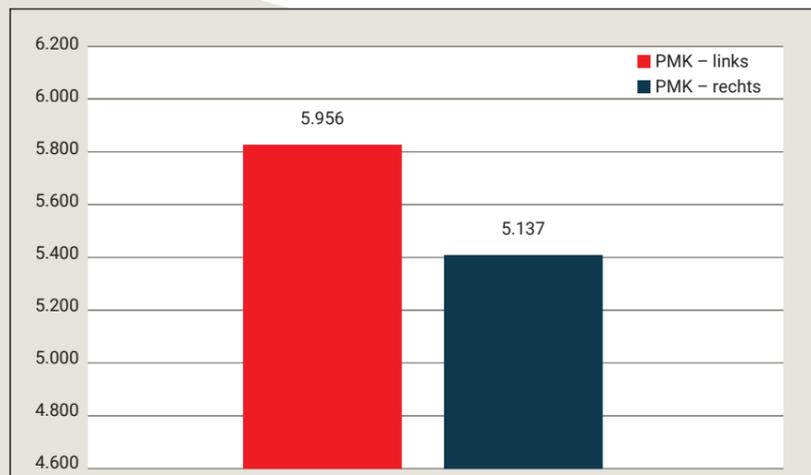
Von 2001 bis 2021 verübten laut dem neu eingeführten Erfassungssystem für politisch motivierte Gewalt linke Akteure gut 30.000 Gewalttaten und damit deutlich mehr als rechte Gewalttäter (knapp 22.000).

Linke und rechte Gewalttaten 2001 – 2021



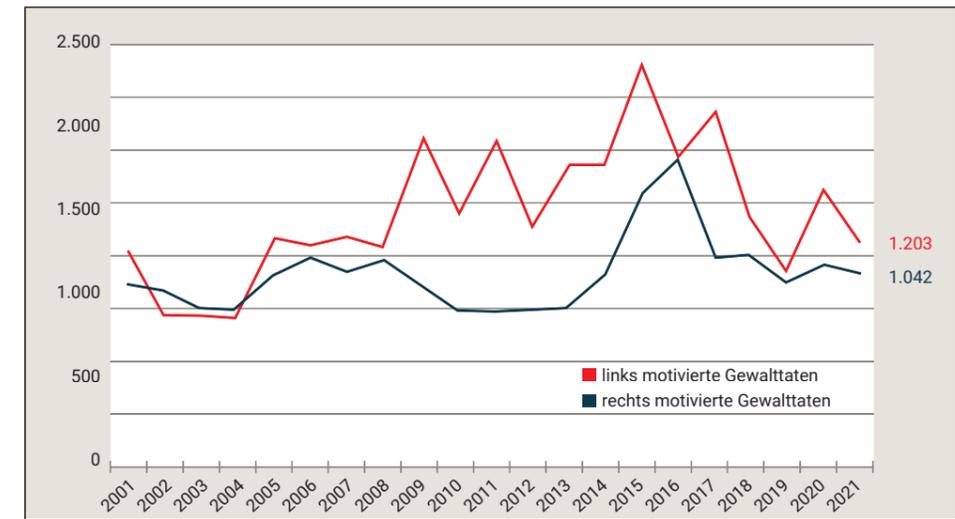
Quelle: BKA, links- und rechtsextremistisch motivierte Gewalttaten 2001 – 2021.

Gefährliche Körperverletzung links-rechts 2010 – 2021



Quelle: BKA

Politisch motivierte Gewalttaten links und rechts



Quelle: Verfassungsschutzberichte und BKA

Selbstdefinierte Aktionsfelder des aktuellen Linksextremismus sind „Antifaschismus“ und „Antirassismus“, „Antiimperialismus“, „Antiglobalisierung“, „Antirepression“, „Antikapitalismus“ sowie „Antidemokratie“ als Kampf gegen die parlamentarische Demokratie und „Antigentrifizierung“. Seit einigen Jahren kämpfen sie auch für das Klima, das ihrer Meinung nach vom Kapitalismus bedroht wird.

Zentral für Linke aller Schattierungen ist jedoch neben dem Antikapitalismus der so genannte „Antifaschismus“. Dabei gelingt es ihnen immer wieder, „Rechts“ mit Rechtsextremismus gleichzusetzen und den Kampf gegen Rechtsextremismus in einen „Kampf gegen Rechts“ zu transformieren. Diese Sprachregelung ist bis weit in Medien, Bildungswesen und auch Parlamente eingegangen.

2 / ZIELGRUPPEN LINKER GEWALT

Hauptfeinde linker Gewalttäter sind Polizisten und als „rechts“ eingestufte Personen. Im „Kampf gegen Rechts“ ist nach Auffassung von Linken aller Schattierungen nahezu alles erlaubt, auch die Suspendierung von Grundrechten. Da sie die Einordnung als „Rechtsextremist“ oder auch schon als „Rechts“ sehr weit fassen, gelten inzwischen gleichsam alle als „Rechte“, die nicht explizit „Linke“ sind. Diese Personen outen sie, indem sie ihre Privatadressen veröffentlichen und sie in ihrem privaten und beruflichen Umfeld durch Plakate oder Flugblätter denunzieren. Dabei belassen es einige linke Militante jedoch nicht, sondern attackieren unliebsame Personen mit körperlicher Gewalt. Gewalttätige Aktionen gegen Sachen und Personen im Umfeld der als „rechts“ definierten Szene finden inzwischen nahezu täglich statt. Im Fokus ist dabei seit mehreren Jahren die AfD.

Polizisten werden inzwischen nicht nur durch Stein- und Flaschenwürfe, Molotowcocktails und (Polen)Böller während und nach Demonstrationen attackiert, sondern auch in ihrem privaten Umfeld „besucht“, wie etwa der Aufmarsch von etwa sechzig teils vermummten Linken vor dem Privathaus eines Polizisten mit Parolen und dem Hassgesang: „Wir haben einen Spaten für den Garten“ zeigt. Offenbar wollten sie damit seine im Haus anwesende Frau und die zwei Kinder einschüchtern. In ihrer auf indymedia.org veröffentlichten Kommandoerklärung schrieben die linken Gewalttäter: „Seid kreativ! Bullen haben Namen und Adressen! Macht diese öffentlich. Macht Konzerte, Flohmärkte, seid kreativ vorm Haus eines Bullen. Die Bullen können nicht jedes Haus schützen und das sollten WIR ausnutzen!“

Linke Gewalttäter beschimpfen in der Tradition der RAF Polizisten als „Pigs“ und als „Bullenschweine“. In manchen Bekennerschreiben bezeichnen sie sie darüber hinaus als „übelriechende Schweine“ und „Abschaum“. Mitunter drohen sie sogar, ihre Gewalt zu intensivieren, sollte sich die Polizei in bestimmten Konfliktsituationen nicht zurückziehen. Bisher habe kein Bulle oder Nazi bei gewalttätigen Auseinandersetzungen sterben müssen; ab einer bestimmten Eskalationsstufe seien Tote jedoch nicht mehr ausgeschlossen.

3 / GEWALTFORMEN

Zugenommen haben Brandanschläge auf Bahnstrecken, deren Auswirkungen kaum zu kalkulieren sind. Ende März 2018 setzten Linksextremisten mehrere Kabelstränge unter einer Brücke in Berlin-Charlottenburg in Brand. Als Folge waren 6.500 Haushalte und 400 Gewerbekunden stundenlang ohne Strom. Die linken Täter behaupteten, mit ihrem Sabotageakt hätten sie den normalen Gang vielfältiger Arbeitsläufe in der Hauptstadt außer Kraft gesetzt und: Da die technische Entwicklung auf ein faschistisches System hinauslaufe, sei allein deshalb ein revolutionärer Bruch notwendig.

Anfang Oktober 2020 legten Linksextremisten erneut einen Brand an einem Kabelschacht einer Bahntrasse in Berlin. Die Aktion sei ein Warnsignal für die geplante Räumung eines Hauses. Eine „feministisch-revolutionär-anarchistische-Zelle“ erklärte in ihrer Kommandoerklärung, sie hätten die immer katastrophaler werdende Normalität sabotiert. Als Folge war der S-Bahn-Verkehr auf der Strecke für mehr als eine Woche blockiert; die potenziellen Fahrgäste mussten andere Verkehrsmittel nehmen, in denen sie - dicht gedrängt in Corona-Zeiten - gesundheitsgefährdet waren.

Gegen die (vermeintliche) Gentrifizierung der Stadt ist Linksextremisten jedes Mittel recht. Sie zünden Autos von Immobilienfirmen an, versuchen Baukräne zu stürzen und attackieren Neubauten. 2015 schossen sie in Berlin Stahlkugeln mit Zwillen in die Fensterscheiben des Kinderzimmers eines Neubaus. Die Geschosse schlugen gegen die Fensterscheibe, während sich die 13-jährige Tochter im Zimmer befand. Da Licht brannte, war das Zimmer unschwer als Kinderzimmer zu erkennen.

Ebenso wie ihre linken Altvorderen lassen heutige Linksextremisten keine Zweifel an der Berechtigung ihrer gewalttätigen Aktionen zu. Diese Selbstermächtigung zum (vermeintlich) revolutionären Handeln charakterisiert den gewaltbereiten Kern, aber auch nichtgewaltbereite Linksextremisten, die sich mit Gewaltphantasien begnügen. Linksextremisten spielen sich innerhalb linker Milieus als Gesinnungs- und Revolutionswächter auf und pflegen den Mythos der Revolution.

Die Betrachtung der historischen Entwicklung des Linksextremismus zeigt in der Argumentation, den politischen Zielen und Kampfmitteln deutliche Kontinuitäten von der revolutionären überwiegend kommunistischen Linken, die sich Anfang des letzten Jahrhunderts konstituierte, über die APO der 1960er Jahre bis hin zu den sich als revolutionär verstehenden heutigen Linken. Dies schließt selbstverständlich Modifikationen mit ein, die sich aus dem Wandel der Zeit ergeben haben.

Linksradikale und Linksextremisten zeigen sich seit Jahrzehnten überaus flexibel in der Vereinnahmung von Themenfeldern und Kampagnen. Einst interessierten sie sich nicht für Umwelt und Atomkraftwerke, nutzten aber die Proteste für gewalttätige Ausschreitungen. Heute „sorgen“ sie sich um Klima und Natur, Tierschutz oder die Erhaltung sanierungsbedürftiger Stadtviertel. Vor allem aber beklagen sie einst und heute eine zunehmende Faschisierung der Gesellschaft und fordern den gewalttätigen Kampf gegen alles, was ihnen als repressiv und „rechts“ gilt.

Dr. Klaus Schroeder

Professor am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin und Leiter des Forschungsverbundes SED-Staat. Er hat mehrere Bücher u.a. zum Linksextremismus verfasst. Gemeinsam mit seiner Frau Monika Deutz-Schroeder erschien 2019 das Buch „Der Kampf ist nicht zu Ende. Geschichte und Aktualität linker Gewalt“, Herder-Verlag.



Prof. Dr. Britta Bannenberg

Gesellschaftliche Entwicklung beim Kriminalitätsphänomen Amoktaten

1 / UNRUHIGE ZEITEN – ENTWICKLUNG UND VERHINDERUNG VON AMOKTATEN UND ATTENTATEN

Amoktaten sind „beabsichtigte versuchte oder vollendete Mehrfachtötungen nach dem Typus des Massenmordes, bei denen in der Regel ein Einzeltäter aus Wut, Hass und/oder Rache bestimmte oder auch willkürlich ausgewählte Opfer attackiert. Der Täter bezweckt Ruhm, mindestens Aufmerksamkeit und begeht häufig im Anschluss an die Tat Suizid. Junge Täter bis zum Alter von 23 Jahren unterscheiden sich von der heterogeneren Gruppe der Erwachsenen. Bei der Kerngruppe junger Amoktäter finden sich Persönlichkeitsauffälligkeiten, die tatbestimmend sind. Der stille, zurückgezogene, aber immer etwas seltsame Einzelgänger hat ein tiefgehendes Fremdheitsgefühl, fühlt sich gekränkt und missachtet, identifiziert sich mit Tätern und inszeniert seine Tat als Rache für subjektiv erlebte Kränkungen. Schizotypische, paranoide und narzisstische Aspekte dominieren. Psychosen und insbesondere die Schizophrenie, spielen bei jungen Tätern, anders als bei Erwachsenen, keine Rolle. Die jungen Täter sind nicht impulsiv, aggressiv oder dissozial“.¹

In der Regel handeln die Täter allein. Terroristische Einzeltäter haben Gemeinsamkeiten mit Amoktätern, weil sie in ihrer Persönlichkeit ähnlich sind und ebenfalls häufig psychische Störungen aufweisen, auch wenn ihre Attentate ideologisch motiviert sind.² Bei terroristischen Gruppentätern ist das anders, diese weichen in Täterpersönlichkeit und Verhalten deutlich von Einzeltätern ab (wobei zusätzlich Personen zu unterscheiden sind, die zwar bei der Tat einzeln handeln, jedoch in terroristische Gruppenkontexte eingebunden sind, etwa Anis Amri, Berlin 2016). Terrorismus steht im Fokus von Staats- und Verfassungsschutz und durch das Kommunikationsverhalten, wie arbeitsteiliges Vorgehen, sind Tatvorbereitungen für die Sicherheitsbehörden eher erkennbar. Bei Einzeltätern – ob mit oder ohne ideologische Motivation – ist das schwieriger, weil die Verdachtsmomente der Polizei nicht immer bekannt werden und auch der Verfassungsschutz keine Anhaltspunkte hat, wenn ein Amoktäter wie David Ali Sonboly (22. Juli 2016)³ zwar auch rechtsextremistische neben allgemein menschenverachtenden Ansichten vertrat, sich aber als Einzelgänger in virtuellen Kreisen von Amok-Fans bewegte und eben nicht in rechtsextremistischen Zirkeln oder Gruppen. Dass auch Amoktäter neben ihrem tiefen Hass auf Menschen allgemein teilweise ausgeprägte rechtsextremistische Haltungen haben, wird immer wieder verkannt, wird aber schon bei einem der Täter (Eric Harris) der Amoktat an der Columbine High School am 20. April 1999 (einer der „Vorbildtaten“ für Amoktaten an Schulen schlechthin) deutlich. Harris war jahrelang in der Schule und in seinen auf der Homepage verfassten Texten auch mit großen Sympathien für Hitler und den Nationalsozialismus aufgefallen und widmete sich abwertenden Gewalt- und Tötungsphantasien, bei denen auch Gaskammern und das Auslöschen ganzer Ethnien eine Rolle spielte. Im Vordergrund stand aber die Amoktat an der Schule, mit der die beiden Täter zumindest virtuell „unsterblich“ werden wollten, was ihnen auch gelungen ist.

Amoktaten und Attentate lassen sich jedoch in den meisten Fällen verhindern. Erforderlich ist eine Aufmerksamkeit der Gesellschaft für die bedrohlichen Hinweise. Gefahrensignale und Warnzeichen müssen im sozialen Umfeld erkannt und der Polizei mitgeteilt werden, damit eine Überprüfung zur Gefahrenabwehr erfolgen kann. Dabei wäre auch eine verbesserte Zuständigkeit in der polizeilichen Organisation zur Gefahrenabklärung und Bedrohungseinschätzung hilfreich.⁴ Aber auch Psychiater und Psychotherapeuten sind wichtig, um Fremdgefährdungen einzuschätzen. Die Taten sind selten. Kommt es jedoch zur Tat, sind die Folgen besonders dramatisch. Dabei ist nicht nur an getötete Personen zu denken, sondern auch an verletzte Personen, Augenzeugen und Hinterbliebene, für die das Leben danach regelmäßig nie mehr wie zuvor ist. Das bedrohte Rechtsgut rechtfertigt die Anstrengungen zur Gefahrenabwehr und lässt sich angesichts der Seltenheit der Taten und entsprechender Tatplanungen auch grundsätzlich bewältigen. Allein auf das Lagentraining zur schnellen Beendigung eines Anschlags zu setzen, greift zu kurz.

1 Bannenberg, Schlussbericht Target 2017; Bannenberg/Bauer/Kirste, Forensische Psychiatrie, Psychologie, Kriminologie 4/2014, S. 229.

2 Bannenberg, in Lüttig/Lehmann (Hrsg.) 2020, S. 259 ff.

3 Zu dieser Tat ausführlich Bannenberg Gutachten und Kriminalistik 7/2018, S. 419 ff.

4 Zum Thema ausführlicher Bannenberg, der kriminalist 6/2022, S. 5 ff. mit Hinweisen auf die Gefahrensignale und aktuellen Entwicklungen.

2 / UNRUHIGE ZEITEN – ENTWICKLUNGEN IM JAHR 2022

Aktuell besteht eine erhöhte Gefahrenlage für Amoktaten, auch wenn die Taten nach wie vor seltene Ereignisse darstellen. Amoktaten haben wegen der Auswahl von Zufallsopfern im öffentlichen Raum oder in Institutionen mit Publikumsverkehr eine besonders weitreichende Wirkung und diese Wirkung wird durch die unvermeidliche Medienberichterstattung verstärkt. Die Amokfahrt in Berlin verursacht deshalb auch in Nordrhein-Westfalen oder Bayern ein mulmiges und ungutes Gefühl. Das ist nachvollziehbar, weil derartige Taten an vielen Orten geschehen können und potentielle Opfer – also fast jeder – sich zu Beginn einer Tatausführung nicht schützen können. Wie eine Person im Falle eines mit Tötungsabsicht ausgeführten Angriffs reagiert, kann man nicht vorhersagen und letztlich bestimmt der Zufall, ob man Pech oder Glück hat. Für das Verhalten in der Amoklage können also nur sehr wenige Verhaltenshinweise gegeben werden.⁵

Das Jahr 2022 ist von erheblichen gesellschaftlichen Herausforderungen geprägt, die ein nervöses gesellschaftliches Klima bedingen. Nach zwei Jahren Corona-Pandemie mit vielen Freiheitseinschränkungen und wirtschaftlichen Konsequenzen zeigen sich bei vielen Menschen Gereiztheit, psychische Probleme und Verhaltensauffälligkeiten. Ängste und Unsicherheiten lösen vielfach sozialen Rückzug aus, bei Menschen mit negativen Einstellungen aber auch Aggressionen. Die Befindlichkeiten werden durch nun wieder stattfindende Begegnungen im Alltag, in Schulen und am Arbeitsplatz konfliktreicher. Für Schüler werden besondere Probleme auch darin gesehen, dass zwei Jahre soziales Lernen im Kontakt mit Gleichaltrigen wie Erwachsenen erheblich eingeschränkt waren, nicht jeder über ein räumlich großzügiges und verständnisvolles Elternhaus verfügt und somit Entwicklungsschwierigkeiten zu verzeichnen sind. Die Probleme werden vielfach durch wirtschaftliche Schwierigkeiten oder Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes bzw. der wirtschaftlichen Existenz verschärft. Ankündigungen der in 2022 zu erwartenden Sommer- und Herbstwelle mit neuen Corona-Varianten und erneuten Freiheitseinschränkungen verschärfen die Situation genauso wie die monatelangen Berichte über den Ukraine-Krieg mit andauernden Krisen und Konflikten und Auswirkungen auf die deutsche Gesellschaft.

Amoktaten und Amokdrohungen im Jahr 2022 steigen an

In diesem Jahr kam es bereits vermehrt zu Amoktaten oder gerade noch verhinderten Taten, die aber größere Polizeieinsätze erforderten, wie auch zu zahlreichen Mitteilungen wegen bedrohlicher Personen, die möglicherweise eine Amoktat planen.

Am 24. Januar 2022 betrat ein 18-Jähriger die Universität Heidelberg und attackierte mehrere Personen. Eine Frau starb, andere wurden verletzt. Am 12. Mai 2022 wurde medial breit über einen verhinderten Amoklauf an einer Schule in Essen berichtet, der einen beträchtlichen Polizeieinsatz zur Folge hatte. Ein Mitschüler hatte beunruhigt die Polizei informiert. Einen Tag später stach ein psychisch kranker Mann in Aachen auf Zugreisende ein. In Bremerhaven betrat am 19. Mai 2022 ein 21-Jähriger bewaffnet mit einer Armbrust, einer Schreckschusspistole und mehreren Messern eine Schule, um einer früheren Lehrerin, mit deren Notengebung er nicht einverstanden war, „Bescheid zu sagen“. Er verletzte die Schulsekretärin schwer, als diese ihm den Aufenthaltsort der Lehrerin nicht mitteilen wollte. Erhebliche weltweite Medienaufmerksamkeit erreichten im Mai 2022 die Taten in Buffalo (ein 18-jähriger Rechtsextremist tötete in einem Supermarkt zehn Menschen und verletzte drei weitere, die Tat übertrug er live ins Internet) und insbesondere an der Grundschule in Uvalde (Texas), bei der ein 18-Jähriger zunächst versucht hatte, seine Großmutter zu töten und sodann mit einem Sturmgewehr die Grundschule betrat und 22 Menschen tötete, darunter 20 Kinder. Gerade Taten mit jungen Tätern, kindlichen Opfern und einer hohen Opferzahl führen zu besonderer Medienaufmerksamkeit. In der Woche nach der Tat in Texas waren weitere fünf Taten in den USA mit mindestens elf Todesopfern zu verzeichnen, die ein ähnliches Medieninteresse zumindest in Deutschland nicht erreichten. Taten, über die weltweit berichtet wird, fördern aber auch die Handlungsbereitschaft schon Tatgeneigter in Deutschland. Am 10. Juni fuhr ein psychisch kranker Mann in Berlin an zwei Orten in Menschengruppen, tötete eine Lehrerin und verletzte über 30 Personen. Am gleichen Tag kam es in der Fachhochschule in Hamm-Lippstadt zu Messerattacken eines psychisch kranken 34-jährigen Studenten, der sich wahnbedingt von einer Menschengruppe verfolgt sah, die ihm angeblich nach dem Leben trachtete.

5 Siehe dazu etwa knappe Verhaltensempfehlungen unter www.polizei-beratung.de unter dem Stichwort „Amok und Terror“, die sich mit „flüchten, verstecken, alarmieren“ zusammenfassen lassen.

Diesen Wahn übertrug er auf Studenten und Dozenten und attackierte im Foyer und im Hörsaal vier Menschen, wobei eine 30-jährige Dozentin an den Messerstichen verstarb. Am 12. Juni erstach ein 36-jähriger Mann seinen 69-jährigen Vater und fuhr sodann mit dem PKW seiner Mutter nach Mannheim, wo er absichtlich in eine Gruppe von Radfahrern fuhr. Eine Frau starb, drei Personen mussten ins Krankenhaus eingeliefert werden.

Beratungsangebot zur Amokprävention an der Universität Gießen

Im Jahr 2015 wurde an der Professur für Kriminologie in Gießen ein niedrigschwelliges Beratungsangebot zur Amokprävention ins Leben gerufen. Über die Homepage der Professur kann eine E-Mail geschickt werden oder zu bestimmten Zeiten ein Anruf erfolgen, um Personen, die fürchten, eine ihnen bekannte Person könne eine Amoktat begehen, eine Beratung über die Einschätzung einer möglichen Bedrohung anzubieten. Gern beraten wir Sie kostenlos bei der Abklärung der Bedrohung (Gefahrenprognose) und beim Umgang mit der bedrohlichen Person. Rufen Sie uns (Mo.– Fr. von 10:00 bis 12:00 Uhr und 13:00 bis 15:00 Uhr) an: **Tel. 0641 99 21572**. Falls Sie ausnahmsweise niemanden erreichen, rufen wir Sie rasch zurück. Bitte hinterlassen Sie Ihre Rufnummer auf dem Anrufbeantworter. Rufen Sie im Notfall die Polizei (110)! Schreiben Sie uns eine Mail: Beratungsnetzwerk-amok@recht.uni-giessen.de

Starke Nutzung des Beratungsnetzes Amokprävention

Seit Bestehen des Angebots wird dieses genutzt. Amoktaten sind sehr seltene Ereignisse. Amoktäter sind in der Regel Einzeltäter, die durch eine spektakuläre Mehrfachtötung hohe Medienaufmerksamkeit erreichen wollen. Junge und erwachsene Amoktäter weisen einige Gemeinsamkeiten, aber auch große Unterschiede auf. Die Täter versuchen, mit der Tat viele Menschen zu töten, um damit einer bestimmten Gruppe oder der Gesellschaft insgesamt ihre Verachtung und ihren Hass zu demonstrieren. Sie weisen keine Ideologie auf. Ihre Motive können sich aber neben dem persönlichen Ausdruck der Menschenverachtung mit ideologischen Elementen mischen. Die Taten mit vielen Toten und Verletzten verunsichern neben den Opfern und Betroffenen die Bevölkerung und Berufsgruppen wie Polizei, Rettungskräfte und Ärzte tief. Problematisch ist wegen der hohen Opferzahlen die Verwendung von Schusswaffen. Die Taten ziehen typischerweise weitere Taten und auch zahlreiche Drohungen nach sich, die nicht alle harmlos sind. Die intensive Medienberichterstattung über Amok- und Terrortaten triggert psychisch auffällige Menschen, die Aufmerksamkeit suchen und tatgeneigte Personen, die in ihrer Tatplanung vorangetrieben werden.

Drohungen mit einer Amoktat sind zwar häufiger als Taten, im Vergleich mit anderen Gewalttaten und Drohungen aber ebenfalls selten. Im Jahr 2022 verzeichnen wir ein Aufkommen von Hinweisen auf mögliche Vorbereitungen einer Amoktat wie noch nie. Bis zum Juni 2022 erreichten uns etwa 100 Mitteilungen, wobei normalerweise etwa 65 Hinweise im ganzen Jahr eingehen.

Verhinderung von Amoktaten – Indikatoren

Amoktaten und Attentate lassen sich meistens verhindern, wenn es gelingt, die bedrohlichen Hinweise, die eine Person im Vorfeld einer Tat oder Tatvorbereitung sendet, zu erfassen und insbesondere eine polizeiliche (und häufig auch eine psychiatrische) Abklärung einzuleiten. Dabei steht neben der Gefahreinschätzung die Frage der Verfügbarkeit von Schusswaffen im Vordergrund. Personen, die eine Amoktat begehen wollen, planen in der Regel lange und sind sonderbare Einzelgänger, die wenig soziale Kontakte und kaum tiefer gehende Bindungen zu anderen Menschen haben. Wenn diese Personen sich länger mit Tatplanungen beschäftigen, kann dies Monate, sogar Jahre dauern und erst wenn die Gedanken an eine Tat und Tötungsphantasien in Vorbereitungshandlungen münden, droht akute Gefahr. Im Vorfeld fallen derart bedrohliche Personen jedoch häufig durch mehrere bedrohliche Äußerungen mit eher mittelbaren Drohungen auf („hier wird noch etwas passieren, das niemand vergessen wird“ oder „Leute werden bekommen, was sie verdienen“ oder ähnlich). Außerdem ist die Persönlichkeit hoch auffällig und Tatgeneigte befassen sich intensiv mit anderen Amoktätern oder Attentätern, deren Taten sie positiv kommentieren und rechtfertigen.

Amoktaten junger Täter in Deutschland – Überblick Kerngruppe junge Amoktäter (Totalerhebung)⁶

Insgesamt wurden in Deutschland bislang 21 Amoktaten durch junge Täter (vollendete Taten oder Versuchsstadium) begangen (Altersspektrum bis 23 Jahre, nach kriminologischer Kategorisierung Jungerwachsene). Dabei ist auffällig, dass die Prävention gut funktioniert hat, weil seit 2016 bis 2022 in Heidelberg zunächst keine neue Tat durch einen jungen Täter begangen wurde. Dies lag sicherlich auch an der Auf-

⁶ Für weitere Informationen siehe Bannenberg, Schlussbericht TARGET 2017 sowie die weitere angeführte Literatur zur Amokforschung. Für erwachsene Amoktäter kann eine solche Tabelle nicht mit wissenschaftlicher Verlässlichkeit erstellt werden, die Taten dürften aber etwa fünfmal höher liegen.

merksamkeit in Schulen, der zwar nur sporadischen, aber teilweise erfolgten Bildung sogenannter Krisenteams an Schulen, die auch einen Amokverdacht abklären sollen, und der gesellschaftlichen Verschiebung hin zu Terrorakten mit der entsprechenden Medienberichterstattung. Darüber hinaus sind jedoch Taten und Drohungen durch erwachsene Personen weit häufiger und steigen ebenfalls an. Die einzige Chance, Amoktaten und Attentate durch Einzeltäter zu verhindern, besteht darin, Hinweise auf bedrohliches Verhalten und mögliche Tatpläne ernst zu nehmen und professionell abzuklären. Dazu bedarf es der Schulung und Information in der gesamten Polizei über die Möglichkeiten der Verhinderung und Zuständigkeitsregelungen für wenige Spezialisten zur Bedrohungseinschätzung.

Fall	Ort	Tatdatum	Einzeltäter	Geschlecht	Alter
1	Koblenz	24.08.1992	ja	männlich	23
2	Bad Kreuznach	25.12.1994	ja	männlich	22
3	Koserow/Stralsund	03./04.07.1997	ja	männlich	17
	Columbine High School	20.04.1999	zwei Täter	männlich	17/18
4	Bad Reichenhall	01.11.1999	ja	männlich	16
5	Meißen	09.11.1999	ja	männlich	15
6	Brannenburg	16.03.2000	ja	männlich	16
7	Eching/Freising	19.02.2002	ja	männlich	22
8	Erfurt	26.04.2002	ja	männlich	19
9	Coburg	02.07.2003	ja	männlich	16
10	Ansbach	30.01.2006	ja	männlich	16
11	Emsdetten	20.11.2006	ja	männlich	18
12	Tessin	13.01.2007	zwei Täter	männlich	17
13	Winnenden/Wendlingen	11.03.2009	ja	männlich	17
14	Bonn / St. Augustin	11.05.2009	ja	weiblich	16
15	Ansbach	17.09.2009	ja	männlich	18
16	Ludwigshafen	18.02.2010	ja	männlich	23
17	Ballenstedt	09.11.2011	ja	männlich	13
18	Hagen/Lüdenscheid	11.01.2013	ja	männlich	16
19	Wernigerode	26.02.2013	ja	weiblich	15
20	München	22.07.2016	ja	männlich	18
21	Heidelberg	24.01.2022	ja	männlich	18

Prof. Dr. Britta Bannenberg

Professur für Kriminologie, Justus-Liebig-Universität Gießen, Fachbereich Rechtswissenschaft
Kontakt: britta.bannenberg@recht.uni-giessen.de

Literatur

- Bannenberg, Britta: Beratungsnetz Amokprävention und polizeiliche Gefährdungseinschätzung – Notwendigkeit eines Bedrohungsmanagements. *der kriminalist* 6/2022, S. 5-12.
- Bannenberg, Britta: Rechtsextremismus und Menschenhass. Terroristische Einzeltäter und die Rolle des Internet. In: Lüttig, Frank / Lehmann, Jens (Hrsg.): *Rechtsextremismus und Rechtsterrorismus*. Baden-Baden 2020, S. 259-281.
- Bannenberg, Britta: Die Amoktat des David (Ali) Sonboly. *Kriminologische Betrachtung der Tat in München* am 22. Juli 2016. Gutachten im Auftrag des Bayerischen Landeskriminalamtes; zugleich gekürzt in: *Kriminalistik* 7/2018, 419-433.
- Bannenberg, Britta: Schlussbericht Projekt TARGET. Teilprojekt Gießen: *Kriminologische Analyse von Amoktaten – junge und erwachsene Täter von Amoktaten, Amokdrohungen*. FKZ 13N12468. (Januar 2017). Gefördert vom BMBF (frei verfügbar auf der Homepage der Professur).
- Bannenberg, Britta / Bauer, Petra / Kirste, Alexandra: *Erscheinungsformen und Ursachen von Amoktaten aus kriminologischer, forensisch-psychiatrischer und forensisch-psychologischer Sicht*, *Forensische Psychiatrie, Psychologie, Kriminologie*, Heft 4/2014, S. 229-236 (online und Papier, Springer 2014, angenommen 19. August 2014).

Impressum



Bund Deutscher Kriminalbeamter
Landesverband Nordrhein-Westfalen e.V.
Völklinger Str. 4 | 40219 Düsseldorf
Telefon: +49 (0) 211 - 9945 568
Fax: +49 (0) 211 - 9945 569
E-Mail: lv.nrw@bdk.de

Stellvertretender Landesvorsitzender

Oliver Huth
c/o Völklinger Str. 4 | 40219 Düsseldorf
Telefon: +49 (0)211 - 9945 128
E-Mail: oliver.huth@bdk.de

Landesschatzmeister

Jochen Fier
c/o Völklinger Str. 4 | 40219 Düsseldorf
Telefon: +49 (0)211 - 9945 568
E-Mail: jochen.fier@bdk.de

Das Impressum gilt für

<https://www.bdk.de/lv/nordrhein-westfalen>
Registergericht: Amtsgericht Düsseldorf
Registernummer: VR 10363



Jetzt Gewerkschafts- vorteil sichern!



www.bbbank.de/bdk

Einfach den Code scannen und sofort in unsere exklusive Vorteilswelt für Mitglieder in BDK-Fachgewerkschaften eintauchen.



Die DebeKa-Gruppe

FÜREINANDER DA SEIN

Der wahre Wert einer
Gemeinschaft zeigt sich
in schwierigen Zeiten.



www.debeka.de

DebeKa-Landesgeschäftsstellen in Nordrhein-Westfalen

Dortmund, Telefon (02 31) 61 01 - 0

Düsseldorf, Telefon (02 11) 1 67 06 - 0

Köln, Telefon (02 21) 20 86 - 0

Münster, Telefon (02 51) 48 31 - 0



Das **Füreinander** zählt.